



Nur zur dienstlichen Verwendung

Protokoll (Bandabschrift)
der 14. Sitzung – Teil 2
- endgültige Fassung -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 12. Januar 2021, 16.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal 4.900

Vorsitz: Kay Gottschalk , MdB

Öffentliche Beweisaufnahme

Seite

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller

siehe 19/14 I

Zeuge Joschka Langenbrinck

2

Zeuge Ole von Beust

23



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn Teil 2 der Bandabschrift 20:40)

**Vernehmung des Zeugen
Joschka Langenbrinck**

Dann bitte ich unseren zweiten Zeugen – und sehe der hat bereits Platz genommen – Joschka Langenbrinck, in den Saal. Ich heiße Sie auch hier herzlich willkommen. Herr Langenbrinck, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung und Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge sowie zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertrauliche oder höher eingestufte Informationen, oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar, okay. Ich muss das Mikro nicht erklären; das ist an dieser Stelle auch schon mal gut. Herr Langenbrinck, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen und würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Erstmal alle guten Wünsche für das neue Jahr. Kann man ja, glaube ich, heute noch wünschen. Joschka Langenbrinck, 35 Jahre alt, [REDACTED] geboren, in [REDACTED], wohnhaft [REDACTED]. Und bin angestellt bei der von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft seit Mai 2019.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar, dann kommen Sie aus meinem Wahlkreis. Herr Langenbrinck, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Davon mache ich keinen Gebrauch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, auch in Ordnung. Dann würde ich einfach mal loslegen. Meine Frage: Es ist ja jetzt Vollzeit-Parlament im Abgeordnetenhaus, oder? Weil Sie jetzt nur angegeben haben, für von Beust und Partner, würde mich jetzt interessieren, ob Sie auch noch im Abgeordnetenhaus sind.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich bin seit 2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Wir sind aber kein Vollzeitparlament, sondern nach wie vor Teilzeit-Parlament. Und ich arbeite seit jeher nebenbei, so wie viele meiner Kollegen auch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Ich würde gerne mit einer Eingangsfrage beginnen. Es war heute auch - - und in den letzten Tagen drehte es sich immer sehr, sehr viel um die Möglichkeit der Kenntnisaufnahme, „was war denn da mit Wirecard eigentlich los?“. Deswegen meine erste Frage: Was den Untersuchungszeitraum angeht – haben Sie irgendwann mal, weil Sie ja nun als Berater auch für diese Firma tätig waren, da mal innerlich schon Zweifel gehegt? Haben Sie beispielsweise mal die Financial Times oder auch den Zatarra-Bericht oder aber Rajah & Tann



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

oder andere Publikationen gelesen? Und dann doch mal – im Untersuchungszeitraum, als Sie auch als Berater tätig waren, oder vielleicht auch schon davor als politischer Mensch – Zweifel an diesem Geschäftsmodell gehegt?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Also, vorne weg möchte ich gerne schicken, dass ich bei der von Beust und Kollegen Beratungsgesellschaft angestellt bin. Mein Titel ist dort „Senior Berater“. Ich habe für diesen Kunden „Wirecard“ keine Beratungsleistung getätigt, sondern ich habe organisatorische Unterstützung für den Projektleiter getätigt, der zugleich Mitglied der Geschäftsführung ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer war der Projektleiter, wenn ich fragen darf?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Wie bitte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer war der Projektleiter, wenn ich fragen darf?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Sebastian Frevel. Der ist, wie gesagt, zugleich auch Geschäftsführer. Und so eine Frage stelle ich mir immer dann, wenn ich einen neuen Kunden akquiriere oder jemand auf mich zutritt mit der Frage, ob mein Arbeitgeber sich eine Zusammenarbeit grundsätzlich vorstellen könnte. Die Frage stelle ich mir dann, wenn mein Arbeitgeber mir einen Kunden in Anführungsstrichen „übergibt“ – als Projektleiter. Wie gesagt, das war bei Wirecard nicht der Fall. Deswegen habe ich mir diese Frage in diesem Zusammenhang nicht gestellt, da ich lediglich organisatorische Unterstützungsleistung für den Projektleiter ausgeübt habe. Und die von Ihnen gerade genannten Quellen bzw. die Artikel kenne ich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Jetzt gibt es einen Brief, MAT – Moment jetzt muss ich mal in meinen Unterlagen suchen, ich bin etwas unsorientiert, das gibt es auch – das ist MAT A BKAmT-6.03 Blatt 8: Der Brief würde mir persönlich jetzt

erstmal zunächst einmal etwas anderes suggerieren. In dem führt Ole von Beust aus, an Professor Dr. Röller, den wir eben vor Ihnen in der Vernehmung hatten, zum EU-China-Weltwirtschaftsgipfel. Er führt sehr viel aus: DAX-30-Technologieunternehmen Wirecard mit Sitz in Aschheim usw., chinesischer Markt aktiv, insgesamt über 5 300 Mitarbeiter usw., in 26 Ländern beschäftigt, Wirecard ist einer der weltweit am schnellsten wachsenden digitalen Plattformen im Bereich Financial E-Commerce und dann heißt der letzte Abschnitt:

Ich bin Ihnen für entsprechende Informationen dankbar, für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne persönlich oder unser Senior Berater Joschka Langenbrinck ... zur Verfügung.

Herzlichen Dank ...

usw.-, bla bla bla, Keks. Der suggeriert jetzt was anderes.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Gut, also mag sein, dass es Ihnen gegenüber so suggeriert. Ich kann Ihnen dazu sagen, dass der Projektleiter mich gebeten hat, im Namen von Herrn von Beust einen Brief an Professor Röller zu entwerfen. Das habe ich getan. Ich habe den Brief jetzt nicht vor mir, aber der übergroße Teil, abgesehen von dem Keks, den Sie hier gerade so sagten, den hat, wenn ich mich richtig erinnere, der Projektleiter zugesteuert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da kommt er.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Danke schön. Als der Entwurf fertig war, habe ich den Entwurf an Herrn von Beust geschickt, mit der Bitte um Freigabe und dem Hinweis, dass der Projektleiter mich gebeten hat, den Brief zu entwerfen. Also, das sind die zwei Absätze – das mit „DAX-30 Technologie“ und das mit „Wirecard“, die hat der Projektleiter zugearbeitet, also Sebastian Fre-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

vel. Und dadurch, dass ich vom Projektleiter gebeten worden bin, diesen Brief zu entwerfen, war es für mich eine Selbstverständlichkeit, mich da reinzuschreiben, dass, falls der Bedarf besteht, dass man sich an Herrn von Beust, an ihn wenden kann oder auch an mich. Aber soweit mir das bekannt ist, hat Herr Professor Rölller sich dann an Herrn von Beust persönlich gewandt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das heißt wirklich - - Nochmal, meine zweite Frage, die ich sonst dann heute noch hätte, wäre dann auch - - Sie haben tatsächlich mehr im „Abstrakten des Doing“, also im Hintergrund betreut – wenn man das so sagen kann? Aber nicht Kernkompetenzen oder innere Zusammenhänge oder Maßnahmen, die vielleicht Herr von Beust oder andere im Unternehmen bei ihm betreut haben?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Dann habe ich zunächst keine weiteren Fragen und würde weitergeben an Matthias Hauer von der CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, Herr Kollege Langenbrinck. Habe ich das jetzt richtig verstanden: Sie hatten gesagt, Sie haben die organisatorische Unterstützung in der Sache für Wirecard geleistet, unter anderem hatten Sie diesen Brief, der hier gerade vorgelegt wurde, hatten Sie vorformuliert. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Entworfen, genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was haben Sie darüber hinaus noch getan, also für Wirecard?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Also für Wirecard direkt jetzt nichts, sondern für meinen Arbeitgeber und für den Projektleiter, der mich gebeten hat, bei zwei/drei weiteren Sachen nochmal unterstützend tätig zu werden. Das heißt, Termine -

- ich habe eine Terminanfrage entworfen, die Terminanfrage auch, auf seine Bitte hin, verschickt. Und ich habe an zwei Telefonaten als Note-Taker teilgenommen, also das heißt, ich habe quasi Notizen geführt, während des Telefonats.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was war das für eine Terminanfrage? Und was waren das für Telefonate?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das waren Terminanfragen an Herrn von Weizsäcker, Abteilungsleiter im BMF, das war eine Terminanfrage für ein Gespräch an Herrn Dr. Kukies, BMF, und es war eine Terminanfrage an den Staatssekretär im BMZ. Und die zwei Telefonate, die stattgefunden haben, an denen ich als Note-Taker teilgenommen habe, war zum einen ein Telefonat mit einem Unterabteilungsleiter aus dem BMZ und ein Telefonat bzw. Videocall mit der Arbeitsebene von der GIZ.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie uns was zu den Inhalten dieser Terminanfragen - - Sie haben ja zweimal dann beim BMF, einmal sogar Dr. Kukies angefragt, einmal beim BMZ. Was waren das für Termine, worum ging es da?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Es ging um Terminanfragen bei Herrn Dr. Kukies. Also, ich habe mir das als Gedankenstütze auch nochmal rausgesucht: Der Projektleiter hatte mich gebeten, die Terminanfrage fertig zu machen. Er hatte dann selber nochmal zwei Absätze zur Terminanfrage beigezeichnet. Das heißt, da ging es einmal um die Vorstellung des Unternehmens, das müsste, wenn ich mich richtig erinnere, annähernd deckungsgleich sein mit dem dritten Absatz in dem Brief an Herrn Dr. Rölller. Und darüber hinaus hatte der Projektleiter auch zugearbeitet einen Textbaustein über Burkhard Ley, der als ehemaliger CFO von Wirecard und seit 2018 als Senior Berater des Vorstands der Wirecard AG tätig war. Für Herrn Ley haben wir dann den Gesprächstermin bei Herrn Dr. Kukies angefragt, in Begleitung mit dem CFO von der Wirecard AG, Herrn von



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Knoop. Und das Gespräch ist dann nicht zustande gekommen. Haben Sie eine Nachfrage?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nein, ich warte, was Sie noch erzählen.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Okay, alles klar, sorry. Es wirkte gerade auf mich so. Also, der Termin wurde vereinbart für den 20. April. Der hat dann nicht stattgefunden, aufgrund von Corona, weil das BMF dann auch gesagt hat, wenn, dann kein persönlicher Austausch im BMF, sondern gerne ein Telefonat oder Video-call, wie es ja heute so schön heißt. Das habe ich dann dem Projektleiter entsprechend übermittelt. Der wiederum hat, soweit ich mich erinnern kann, Rücksprache gehalten mit Herrn Ley. Und Herr Ley hat, meiner Kenntnis nach, dann zum Ausdruck gebracht, dass er eher an einem persönlichen Austausch ein Interesse hat. Deswegen hat dieses Gespräch nicht stattgefunden.

Ähnlich verlief es mit der Gesprächsanfrage an Herrn von Weizsäcker. Da hat sein Büro relativ rasch dann auch geantwortet, dass er nicht zuständig ist, und hat an die zuständige Abteilungsleiterin, wenn ich das richtig im Kopf habe, müsste das Frau Dr. Wimmer sein, verwiesen. Da ist mir nicht bekannt, dass mein Arbeitgeber dahin eine Terminanfrage gerichtet hat.

Die dritte Terminanfrage an Herr Staatssekretär Jäger war von Mitte Februar. Die war ähnlich, also die war genauso aufgebaut mit den Textbausteinen. Da ging es, wenn Sie mir ganz kurz die Minute geben, das nochmal rauszufinden - - Ach ja, genau, innerhalb der Anfrage war die Vorstellung des Unternehmens und ein Austausch über die Lage des Technologiestandorts Deutschland, über die Unterstützung der BMZ-Strategie 2030, eine mögliche Unterstützung für den Aufbau einer digitalen Infrastruktur in ausgewählten Ländern und über Rahmenbedingungen für digitale Finanzdienstleistungen in der Entwicklungszusammenarbeit. Herr Staatssekretär Jäger hat dann

nach einiger Zeit über sein Vorzimmer ausgerichtet, dass er für kein Gespräch zur Verfügung steht, aus Zeitgründen, wenn ich mich richtig erinnere. Und aufgrund dessen hat dann der Unterabteilungsleiter Herr Michael Krake, Unterabteilung Wirtschaft, Handel, Digitalisierung im BMZ, einen Telefontermin für den 28. Mai angeboten. Und daran hat Herr Krake teilgenommen, Herr Dr. Tobias Lechtenfeld, der ist Mitarbeiter im Referat 110, Herr Ley, Sebastian Frevel als Projektleiter und meine Wenigkeit, um Notizen zu machen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie nochmal was zu dem zeitlichen Rahmen sagen: Wann war die Wirecard AG Kunde bei Ihrem Arbeitgeber?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Da bitte ich Sie um Verständnis, dass Sie das dann den Geschäftsführer fragen. Mir ist bekannt, dass das Vertragsverhältnis bereits zu dem Zeitpunkt bestand, zu dem ich in das Unternehmen als Mitarbeiter eingetreten bin. Ich kann Ihnen die Frage aber konkret nicht beantworten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann sind Sie in das Unternehmen eingetreten?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Im Mai 2019.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Besteht das - - Oder wie wurde das Vertragsverhältnis dann beendet? Oder besteht es immer noch?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Mit Wirecard?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Also, soweit mir das bekannt ist, ist das Verhältnis beendet. Da würde ich Sie auch um Verständnis bitten, dass Sie das dann auch die Geschäftsführung bitte fragen, zu wann genau. Das entzieht sich auch meiner Kenntnis, ich glaube im Juni oder Juli dieses Jahres.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber jetzt würde ich erstmal Sie fragen: Was ist Ihnen dazu bekannt, zur Beendigung dieses Vertragsverhältnisses?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Wenn ich das richtig mitbekommen habe, wurde es im Juni oder Juli dieses Jahres beendet. Details sind mir dazu nicht bekannt, weil ich da nicht eingebunden war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es kam ja dann irgendwann, ich sage mal, auch eine große mediale Beachtung dazu. Ist das irgendwie diskutiert worden bei Ihnen im Unternehmen – auch die Vorwürfe, die es gegenüber Wirecard gab?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Auch das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe da mit meinem Arbeitgeber nicht drüber diskutiert, und er mit mir auch nicht im Rahmen dieser Unterstützungstätigkeiten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, sowas wie „Drittpartnergeschäft“ oder „Singapur“ oder „Bilanzen“ – das ist nie diskutiert worden bei Ihnen, oder?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Meiner Kenntnis nach nicht, nein. Also mit mir wurde da nicht drüber diskutiert. Und ich habe da mit meinem Arbeitgeber auch nicht drüber diskutiert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dieses Gespräch mit der GIZ – können Sie da auch nochmal was zu sagen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Selbstverständlich. Der Projektleiter hatte mich gebeten – ich bekomme es zeitlich nicht mehr genau zusammen, das muss, glaube ich, im Februar oder März gewesen sein – da hatte er mich gebeten, also er hat gesehen, dass das BMZ eine Initiative laufen hatte, in der letzten Wahlperiode zum Thema „Digitale Finanzdienstleistungen in der Entwicklungszusammenarbeit“. Auf diese Initiative stieß der Projektleiter über die Webseite vom BMZ. Er

hatte mir dann den Link dazu geschickt, verbunden mit der Bitte, mich mal kundig zu machen, ob diese Initiative oder eine andere, auch in dieser Wahlperiode, noch besteht. Dann habe ich – ganz unspektakulär – das gegoogelt, und bin so auf die KfW-Entwicklungsbank gestoßen, auf einen Mitarbeiter den Senior Sektorökonom „Digitale Welt“, Herrn Thorsten Scherf. Der stand als Ansprechpartner in einer öffentlich einsehbaren Broschüre, die ich, wie gesagt, über Google gefunden habe. Dann habe ich Herrn Scherf einfach mal angerufen und habe ihm gesagt, dass ich für von Beust und Kollegen arbeite, und mein Arbeitgeber diesen Kunden betreut, und ich gebeten worden bin, ein/zwei Informationen zu diesem Thema einzuholen, ob er mir weiterhelfen kann. Er hat gesagt, nein kann er nicht, weil er nicht wirklich dafür zuständig ist, und hat dann verwiesen an die GIZ. Und hat gesagt, dass er mein Anliegen an die GIZ weiterleiten wird, mit dem Hinweis, dass sich dann jemand melden würde.

Das ist dann auch passiert, Mitte März hat sich Frau Kakarowa von der GIZ per E-Mail bei mir gemeldet, mit dem Hinweis, dass Herr Scherf mein Anliegen an sie weitergeleitet hat. Sie ist Mitarbeiterin im Sektorenprogramm „Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung“ und hatte dann gefragt, ob denn nach wie vor Interesse an dem Austausch bestehe. Das habe ich bejaht. Frau Kakarowa hatte einen Termin für den 19. März vorgeschlagen. Das habe ich dann verneint, weil ich zu dem Zeitpunkt – das war ja gerade bei dem ersten Lockdown – mit Einrichtung des Homeoffice etc., beschäftigt war. Und aufgrund dessen habe ich mich dann später bei ihr nochmal gemeldet, und dann haben wir einen Termin gefunden für den 6. Mai, mit ihr, mit Klaus Prochaska, er ist Leiter des Bereichs „Finanzsystementwicklung“ in der GIZ, und es hat als weiterer GIZ-Mitarbeiter teilgenommen, Herr Salia Kanatigoda, und unsererseits hätte eigentlich der Projektleiter teilnehmen sollen, mit mir wieder als Note-Taker. Der Projektleiter hat dann leider sehr kurzfristig absagen müssen, aus privaten Gründen. Er hatte mich gebeten, dass ich das



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Gespräch trotzdem wahrnehmen soll. Und ich habe wiederum einen Kollegen von mir gebeten, der sich mit Finanzthemen und Payment-Themen besser auskennt als ich, dass er auch mit reingeht. Und wir haben dann zu fünft ein relativ überschaubares Gespräch mit diesen drei Personen von der GIZ geführt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich seitens des Unternehmens in der Thematik an den Europäischen Rat gewandt? Es gab ein Schreiben. Das hatten Sie an Professor Rölller vom Bundeskanzleramt vorbereitet. Es gab eine Antwort seitens des Bundeskanzleramtes mit dem Inhalt, dass Deutschland zwar Gastgeber des Gipfels ist, um den es in diesem Schreiben ging, den Vorsitz aber der Präsident des Europäischen Rates hat, und bei ihm auch die Vorbereitungsarbeiten liegen. Ist man an diese Ebene herangetreten?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Der Projektleiter hat mich nicht darum gebeten, das zu tun. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob der Projektleiter oder jemand anderes bei meinem Arbeitgeber das getan hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, welche Honorarvereinbarung mit Wirecard im Unternehmen existiert?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie ist die Arbeitsteilung zwischen Ihnen, dem Projektleiter und Herrn von Beust?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Bezogen auf Wirecard?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gerne am Beispiel von Wirecard.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Der Projektleiter ist gleichzeitig Geschäftsführer. Deswegen ist er derjenige, der über alles informiert ist, und Kolle-

ginnen und Kollegen hin und wieder bittet, unterstützend tätig zu sein. Bei mir war es in dem dargelegten Umfang der Fall.

Mit Herrn von Beust hatte ich zum Thema „Wirecard“ einmal Kontakt, als ich ihm den Entwurf des Briefes an Herrn Professor Rölller mit der Bitte um Freigabe geschickt hatte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis erlangt, ob es aus dem Unternehmen heraus irgendwelche Kontakte zu Herrn Fritsche oder zu Spitzberg Partners bezüglich Wirecard gab?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie sagten, dass Sie bei von Beust und Kollegen angestellt sind, hatten aber die Abgeordnetentätigkeit nicht erwähnt. Es gab eine Anpassung der Diäten im Abgeordnetenhaus, sodass die Vergütung derzeit 6250 Euro beträgt. Ist das richtig?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist richtig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Trotzdem sehen Sie das als Teilzeit-Parlament? So habe ich Sie verstanden.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Genau. Wir sind nach wie vor kein Vollzeit-Parlament. Ich würde grob überschlagen müssen, dass mindestens die Hälfte von meinen Kolleginnen und Kollegen einer weiteren Tätigkeit nachgehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da sehen Sie auch kein Problem?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Sie arbeiten in unterschiedlichen Bereichen, nicht wenige davon auch im politischen Kontext, die für Verbände arbeiten oder Hauptstadtrepräsentanten von Unternehmen, oder hier im Bundestag. Solange es keine Interessenkonflikte gibt, sehe ich persönlich kein Problem.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie sehen bei Ihrer Tätigkeit keine Interessenkollision?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich sehe bei meiner Tätigkeit keine Interessenkollision. Ansonsten würde ich nicht bei meinem Arbeitgeber arbeiten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Würden Sie das, was Sie machen, als Lobbyismus bezeichnen? Das hatten wir in einem anderen Kontext in diesem Ausschuss schon mal diskutiert. Deshalb frage ich Sie das auch.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Es ist eine Form der Interessenvertretung, wie es auch in anderen Kontexten Interessenvertretungen gibt. Auch die Gewerkschaft DGB, der BUND, Greenpeace etc. machen Interessenvertretung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Oder Wirecard.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist in einer Demokratie nichts Verwerfliches. Auch die Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, Schul- oder Kitaverbände, die in einer anderen Rolle auf mich zukommen, machen auch eine Form der Interessenvertretung. Dass ich eingangs die Frage des Vorsitzenden, was ich beruflich mache, beantwortet habe mit, dass ich bei von Beust und Kollegen als Mitarbeiter angestellt bin, habe ich deshalb so gemacht, weil ich als Mitarbeiter meines Arbeitgebers geladen bin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Meine Frage, ob Sie das als Lobbyismus bezeichnen würden, haben Sie nicht beantwortet.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Interessenvertretung ist Lobbyismus.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist eine Antwort. Die Kollegen der SPD sind immer sehr interessiert. Die werden sicherlich noch intensiver zum Thema Lobbyregister fragen. Sie können sich schon mal darauf vorbereiten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das Wort hat Dr. Toncar von der FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich würde der Kollegin Kiziltepe, die dem gleichen Landesverband wie der Zeuge angehört, die Aufgabe abnehmen, zu fragen, ob Sie Wirecard-Aktien besitzen oder besitzen haben.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Soll ich Ihre oder ihre Frage beantworten?

Dr. Florian Toncar (FDP): Wir wollen das eigentlich alle wissen.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein, habe ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben schon einige Kontakte dargestellt, wo Sie organisatorisch unterstützend tätig gewesen sind. Der 20. April, die Sache mit Herrn Kukies war 2020, oder?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die Anfrage an Herrn von Weizsäcker datiert auch aus 2020? Können Sie das genauer darstellen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Alles aus 2020. Die Anfrage an Herrn von Weizsäcker und Herrn Dr. Kukies war vom 17. Februar.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war Ihre persönliche Rolle, wo Sie involviert waren. Haben Sie über das hinaus Kenntnis, was Tätigkeiten der Firma für Wirecard in dem Zeitpunkt, wo Sie in der Firma waren, anging?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Keine weiteren Projekte. Sind alle Projekte für Wirecard bei Herrn Frevel betreut worden, oder gab es unterschiedliche Projektleiter?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein. Es gab den einen Projektleiter. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass ein Geschäftsführer einen untergeordneten Mitarbeiter um Unterstützung bittet, was Herr Frevel bei dem Kunden Wirecard unternommen hat. Welche Kolleginnen und Kollegen er um Unterstützung in welchem Bereich auch immer gebeten hat, ist mir nicht bekannt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie hatten die Aufgabe, im Februar 2020 eine Anfrage an Herrn Kukies vorzubereiten, mit dem Ziel „Vorstellung des Unternehmens“. Habe ich das richtig verstanden? Was war das Ziel des Gespräches mit Herrn Kukies?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Auf Herrn Dr. Kukies bezogen, war der Inhalt der Terminanfrage ebenfalls „Vorstellung des Unternehmens“ und ein Austausch über die Lage des Finanz- und Technologiestandortes Deutschland, über die Rahmenbedingungen für digitale Finanzdienstleistungen, KI und Blockchain. Diese standen als Schlagworte drin. Bei den anderen zwei Absätzen der Terminanfrage hat der Projektleiter gearbeitet, die Vorstellung des Unternehmens und von Herrn Ley.

Dr. Florian Toncar (FDP): 17.02. ist dreieinhalb Monate nachdem Herr Kukies mit Markus Braun in Aschheim gefrühstückt hat, und exakt über die Themen gesprochen hat, die bei Ihnen auf dem Zettel standen. War Ihnen das bekannt?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Mir war das nicht bekannt.

Dr. Florian Toncar (FDP): War Wirecard auch in Beziehung auf das Land Berlin tätig?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie auch außerhalb der konkreten Anstellung bei von Beust, zum Beispiel weil man in der Partei wichtige

Leute trifft oder kennenlernt, mit Parteil Freunden und anderen, die Ihnen im Zuge Ihrer Mandatsausübung begegnet sind, über Wirecard gesprochen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie waren bei zwei Calls dabei, einmal telefonisch und einmal Videocall mit BMZ und GIZ. Hat dabei das Thema „Mittlerer Osten“ eine Rolle gespielt?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es ging um die Digitalisierung, „Digitale Zahlungsdienstleistungen für Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“. Das war das Ziel, wenn ich Sie richtig verstanden habe, oder?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Genau. Der Nahe Osten hat da aber keine Rolle gespielt. Es zielte eher auf den Kontinent Afrika ab. Diesen Schwerpunkt hatte auch das Telefonat mit der GIZ. Soweit mir das bekannt ist, begründete sich das Interesse von Wirecard an Afrika insofern, als dass das Unternehmen der erste Omnichannel-Anbieter in Afrika 2014 gewesen sei, und unternehmerisch bereits aktiv gewesen sei in einigen Ländern Afrikas.

Dr. Florian Toncar (FDP): Konkret auch Libyen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt, und war da auch kein Thema.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wie haben Sie sich auf die heutige Aussage vorbereitet – oder auch im Dezember schon vorbereitet?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich habe mir die Mails und Unterlagen, die mir für die Unterstützung des Projektes verfügbar waren, nochmal angeschaut, um die Erinnerung aufzufrischen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie im Vorfeld der beiden Termine mit anderen Personen über die Aussage gesprochen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein, über die Aussage habe ich mit niemandem gesprochen – wie ich mich verhalte oder was ich sage.

Dr. Florian Toncar (FDP): Auch nicht mit Herrn von Beust?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich habe mir nach der Nachfrage von Herrn Hauer überlegt, dass wir uns überlegen könnten, wie hoch unsere Nebeneinkünfte sind. Meine sind null. Ich bin gut informiert, dass es im Raum Kollegen gibt, die ein Bundestagsmandat noch mit erheblichen Nebeneinkünften stemmen können. Deswegen bin ich mir sicher, dass Sie das auch im Abgeordnetenhaus können. Das wollte ich vorausschieben.

Wie ist dieses Mandat Wirecard bei Ihnen im Unternehmen abgelaufen? Ist es ein großes Mandat? Ist im Verhältnis viel Arbeit hineingeflossen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich muss Sie um Verständnis bitten, dass ich Ihnen die Fragen nicht beantworten kann. Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Man muss ein Gefühl dafür haben, ob das eine Sache ist, die eine große Rolle gespielt hat, womit viele Kolleginnen und Kollegen befasst waren, oder ob es etwas gewesen ist, wo man ein paar Kontakte hergestellt hat.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich kenne den Vertragsgegenstand nicht. Deswegen kann ich die Frage nicht beantworten. Es ist mir nicht möglich, eine Gewichtung vorzunehmen, in welcher

Relation der Kunde im Gegensatz zu anderen Kunden stand. Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich weiß, dass der Projektleiter neben mir auch einen weiteren Kollegen gebeten hatte, Terminanfragen zu verschicken. Wie die ausgegangen sind, entzieht sich meiner Kenntnis, also ob es ein Gespräch gegeben hat oder nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gab es zwischen den Mitarbeitern, die daran gearbeitet haben, einen Austausch? Haben Sie sich darüber ausgetauscht, dass zum Beispiel eine Terminanfrage erfolgreich war oder es bestimmte Rückfragen gab?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Es gab einen relativ oberflächlichen Austausch, vor allem vor dem Hintergrund, dass die zum Beispiel von mir verschickten Terminanfragen, im Rahmen von Corona nicht stattgefunden haben. Es bestand immer die Bemühung, Termine so zu legen, dass Herr Ley nicht dreimal nach Berlin anreisen muss, sondern dass man die Termine miteinander verbindet. In diesem Zusammenhang gab es einen Austausch darüber, um zu schauen, wie am sinnvollsten die Termine gelegt werden können. Der Informationsfluss dem Kunden gegenüber erfolgte über den Projektleiter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gab es intern Gespräch darüber? Die Situation bei Wirecard hat sich durchaus immer weiter verschärft. Sie sind auch zur politischen Kommunikation angestellt worden. Gab es eine Veränderung, wie Sie intern über das Unternehmen oder die Kommunikationsaufträge gesprochen haben?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das kann ich vor dem Hintergrund der E-Mails, die ich mir zur Vorbereitung der Sitzung, auch im Dezember, herausgesucht habe, nicht konkret beantworten. Ich erinnere mich an einem Zeitpunkt, den ich nicht mehr genau im Kopf habe, das muss vermutlich Ende April oder Anfang Mai gewesen sein, wo die Veröffentlichung der Bilanz zum wiederholten Male verschoben worden ist. Das



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

habe ich zum Anlass genommen, mich bei dem Projektleiter zu versichern, ob es sinnvoll ist, eine Terminanfrage zu versenden bzw. das GIZ-Gespräch zu machen. Er hat gesagt, dass es Sinn machen würde, das Gespräch weiterhin durchzuführen, vor dem Hintergrund, dass wir es im März erstmalig angefragt hatten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie sich über die Kommunikation, die im öffentlichen Raum stattgefunden hat, unterhalten? Haben Sie gesagt: „Der Abgeordnete XY hat wieder etwas rausgehauen!“? Ihr Unternehmen hat für Wirecard auch Analysen, was politisch passiert, gemacht.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben sich auch nicht über das Twittern von Herrn De Masi unterhalten? Wir sind im Untersuchungsausschuss – es gibt nichts, was es nicht gibt. Deswegen fragen wir auch, ob Sie Wirecard-Aktien haben. Ich lese Ihnen einen Tweet vom Kollegen De Masi vor:

Wirecard ist der Amthor der deutschen Börse. Die BaFin hat zu lange zugeschaut und stattdessen Journalisten der FT der Marktmanipulation bezichtigt. Den Schaden haben nun auch etliche Kleinanleger. Die BaFin muss Ihre Aufsichtskultur radikal ändern. (?)

Das hat der Kollege De Masi am 19.06. per Twitter veröffentlicht. In einer Analyse, die Ihr Unternehmen für Wirecard gemacht hat, steht drin, dass das irrelevant sei. Das hat mir leid getan, dass Tweets von Fabio De Masi zu dem Zeitpunkt als irrelevant bezeichnet wurden. Zu dem Zeitpunkt wurde in Ihrem Unternehmen eine Analyse für Wirecard gemacht. Da waren schon Tweets von hier anwesenden Abgeordneten drin. Dann ist man zu dem Ergebnis „irrelevant“ gekommen. Man sieht heute, dass das offenbar eine

Fehleinschätzung war. Deswegen frage ich, ob so was irgendwann mal ein Thema war.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Mir gegenüber war es kein Thema. Die von Ihnen zitierte Analyse kenne ich nicht. Ich kenne dieses Papier von Ihnen nicht. Es hat seitens meines Arbeitgebers niemand mit mir – und auch ich nicht von meinem Arbeitgeber – über Tweets diskutiert.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das hat auch Herr Frevel verschickt. Jetzt haben wir Sie hier gerade sitzen. Da bietet es sich an, Sie danach zu fragen. War das Unternehmen Edelman bei Ihnen im Unternehmen mal Thema?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Darüber habe ich keine Kenntnis.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herr zu Guttenberg hat uns erzählt, dass er sich mit Herrn Braun getroffen habe und ihm gesagt habe, dass die Kommunikation von Wirecard unterirdisch sei. Er sitzt praktischerweise im Aufsichtsrat von diesem internationalen Kommunikationsunternehmen. Die sind dann offenbar mit Herrn Diekman eingestiegen und haben angefangen, Kommunikation für Wirecard zu betreiben. Da könnte es gut sein, dass man entweder sagt, dass man die Beust-Leute rausschmeißt oder man das koordiniert. Sie können sich nicht daran erinnern? Es könnte sein, dass das Thema war, dass ein Projektpartner reinkommen würde und man sich mit jemandem absprechen müsste.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Darüber habe ich keine Kenntnis. Ich kenne die Firma Edelman auch nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich weiß nicht, wie stark die in Deutschland unterwegs sind, in den USA ziemlich viel.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Fabio De Masi für Die Linke.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ich muss verarbeiten, dass meine Tweets irrelevant sind. Ich bin froh, dass ich nicht von Herrn Hufeld der Verabredung mit Shortsellern bezichtigt werde.

Wie sind Sie zu Ihrem Engagement für die Agentur von Herrn Beust gekommen? Haben Sie sich dort beworben? Ist er aufgrund einer bestimmten Expertise auf Sie zugekommen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich habe mich dort nicht beworben, sondern Sebastian Frevel hat mich angesprochen, ob ich Interesse an einer Mitarbeit habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ihre Beziehung zu Herrn Frevel stammt woher?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Wir kennen uns seit mehreren Jahren, und haben uns vor vielen Jahren kennengelernt, als ich Stipendiat und Herr Frevel Leiter eines Rhetorik-Seminars war. Das war das erste Kennenlernen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Waren Sie selber befasst, oder haben Sie Kenntnisse über Interessenvertretungen, Lobbyismus-Aktivitäten von Beust & Coll. im Bereich Glücksspiel?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Mir ist bekannt, dass mein Arbeitgeber in diesem Bereich tätig ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Wissen Sie, ob in dem Zusammenhang Wirecard eine Rolle gespielt hat? Es gab zum Beispiel die Diskussion um die Liberalisierung der Zahlungsabwicklung von Online-Glücksspiel. Ich glaube, dass Wirecard auch gepitcht hat, ob sie eine zentrale Rolle spielen können. Haben Sie darüber Kenntnis?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich habe insofern Kenntnis darüber, als dass ich weiß, das stimmt, was Sie gerade sagen. Ich war damit aber nicht betraut.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Beust und Coll. ist aber auch für dieses Anliegen von Wirecard tätig geworden, richtig?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich weiß, dass das ein Thema für Wirecard gewesen ist. Ich habe keine Kenntnis darüber, in welcher Form mit welchem konkreten Engagement der Projektleiter tätig gewesen ist. Das entzieht sich meiner Kenntnis?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Haben Sie Kenntnis davon, dass es bei von Beust & Coll Austausch mit Herrn Diekmann gab?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Haben Sie Kenntnisse oder waren Sie selber damit befasst, dass andere Vertreter von Wirecard im Austausch mit von Beust & Coll standen, oder auch Vertreter von österreichischen Sicherheitsbehörden?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Letzteres ist mir nicht bekannt. Können Sie den ersten Teil der Frage bitte nochmal wiederholen?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Andere Vertreter von Wirecard, also von Knoop, Marsalek?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Auch Klaus-Dieter Fritsche, ehemaliger Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung, nicht?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir auch nicht bekannt. Ich habe davon keine Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie haben vorhin gesagt, dass es verschiedene Termine gab, an denen die Veröffentlichung verschoben wurde – das war der 8. April, da war zunächst der Veröffentlichungstermin der Bilanz geplant, am 30.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

April, 26. Mai und am 04. Juni. Können Sie eingrenzen, welcher Termine das gewesen sein könnte, wo Sie die Verschiebung wahrgenommen haben?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ende April.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Also 30. April wahrscheinlich?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Wenn Sie sagen, dass es der 30. April war, dann war es wohl so.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): So steht es im Handelsblatt.

Gab es irgendein Gespräch bei von Beust & Coll, wo erkannt wurde, dass Wirecard ein Problem hat?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich war an keinem Gespräch beteiligt, wo das näher Thema gewesen ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Es ist Ihnen auch nie von einem Kollegen rück-kommuniziert worden?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Soweit ich mich erinnern kann, ist das nicht passiert. Ich kann mich daran erinnern, dass ich gegen Ende April – bei der anscheinend zweiten Verschiebung der Bilanzveröffentlichung – gefragt habe, ob es sinnvoll sei, das GIZ-Telefonat in dem Videocall zu machen. Da hieß es, dass es Sinn mache, weil wir schon im März angefragt hatten.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Es gab zu dem Zeitpunkt, wo Sie Wirecard bei Herrn Kukies vorstellen sollten, da war er schon mit Wirecard - - Das wussten Sie zu dem Zeitpunkt noch nicht. Herr Ley hätte das wissen können. Er war der Kunde. Hat er Sie bzw. von Beust & Coll gebeten, das Unternehmen nochmal grundsätzlich vorzustellen, obwohl er doch eigentlich gewusst haben muss,

dass der ehemalige CEO bereits bei Herrn Kukies bekannt war?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Auch das entzieht sich meiner Kenntnis, weil ich in diese Gespräche zwischen Herrn Ley und Herrn Frevel nicht involviert war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Als nächstes hat der Kollege Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe auf Initiative Ihrer Firma im September 2019 Herrn Ley getroffen. Es war leider nur ein kurzes Gespräch. Mit meinem heutigen Wissen hätte ich mir gewünscht, dass es länger gewesen wäre. Zu der kritischen Berichterstattung hat er nicht allzu viel gesagt, nur dass sich alles aufkläre. Was ich in der Rückschau sehr interessant fand, war, dass er sehr interessiert war an der möglichen Fusion der Deutschen Bank und Commerzbank. Das war auch immer wieder im politischen Kontext Thema. War das Teil Ihres Beratungsmandates? Dr. Toncar hat vorhin die Übernahmefantasie von Wirecard mit Blick auf die Deutsche Bank angesprochen. War es Teil dieses Mandates, das auch politisch auszuloten? Waren die Übernahmethemen Teil Ihres Mandates?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nie niemals Thema?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Mir gegenüber war das kein Thema. Ob das Teil des Beratungsmandates zwischen meinem Arbeitgeber und Wirecard gewesen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trauen Sie sich zu, eine Bewertung abzugeben, wie die Grundphilosophie dieses Mandates aussieht? War es kontinuierlich für Wirecard zu arbeiten oder nur auf Zuruf? Ging die Initiative von



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard oder von Ihnen aus? Sie haben vorhin gesagt, dass Sie Vorschläge gemacht hätten. Wie muss man sich das vorstellen? Wurden Meilensteine oder Konkretes verabredet?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich kenne auch keinen Projektplan, der zu diesem Projekt möglicherweise gehört. Es ist üblich, dass man bei Projekten im Benehmen mit dem Kunden Projektpläne erarbeitet vor dem Hintergrund der Fragestellung, was man bis wann auch immer erreicht haben möchte. Mir ist für den Kunden Wirecard kein Projektplan bekannt. Da ich nicht der Projektleiter gewesen bin, habe ich auch keine Kenntnis darüber, was Bestandteil dieses Beratungsauftrages war.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie skizzieren, wie viele Stunden Sie in der Woche oder im Monat für Wirecard gearbeitet haben?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Wie viel das Unternehmen insgesamt für den Kunden tätig gewesen ist, kann ich nicht beantworten. Ich persönlich kann Ihnen die Frage insofern beantworten, als dass ich das gemacht habe. Es hat nicht so viel Zeit in Anspruch genommen, einen Brief an Herrn Prof. Röllner zu formulieren und Terminfragen zu entwerfen und an die drei Personen zu verschicken. An den beiden Telefonaten, die geführt worden sind, habe ich als Note-Taker teilgenommen. Das mit der GIZ hat ungefähr eine Stunde gedauert. Der Austausch mit dem Unterabteilungsleiter vom BMZ hat dreißig bis vierzig Minuten gedauert.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wird die Firma von Beust pro Treffen oder initiierten Terminen bezahlt? Ist das Teil der Verabredung?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt. Ich kenne den konkreten Vertrag nicht. Deswegen kann ich Ihnen diese Frage nicht beantworten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen aber grob das Geschäftsmodell Ihrer Branche kennen.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Mir ist bekannt, dass in der Beratungsbranche so verfahren wird, dass sie einen Erfolgsbonus verhandeln. Mir ist nicht bekannt, dass mein Arbeitgeber das mit Wirecard so verhandelt hat. Mir ist auch bei anderen Kunden nicht bekannt, dass es eine solche Form der Absprache gibt. Ich würde Sie um Verständnis bitten, dass Sie das die Geschäftsführung fragen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten, dass das Mandat schon am Laufen gewesen wäre, als Sie im Mai 2019 in die Firma eingetreten sind. Deswegen will ich Sie nicht konkret zu Wirecard, sondern abstrakt fragen, ob Sie Kenntnis darüber haben, wie ein Onboarding-Prozess funktioniert. Wie kommt die Firma von Beust an einen neuen Kunden? Bewertet man diesen Kunden? Wie geht man vor? Haben Sie darüber Kenntnisse? Gerne auch abstrakt, wenn Sie es zu Wirecard konkret nicht wissen.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Zu Wirecard weiß ich es definitiv nicht konkret. Ansonsten bin ich auch nicht in der Geschäftsleitung. Ich bin nicht in Onboarding-Angelegenheiten mit potenziellen neuen Kunden involviert. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten. Entweder es gibt eine Ausschreibung, auf die man sich bewirbt, ein Pitch. Oder ein Unternehmen oder Verband kommt auf das Beratungsunternehmen zu und bekundet sein Interesse, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Das sind die gängigen Verfahren, wie sie mir bekannt sind. Wie das konkret bei Wirecard abgelaufen ist, weiß ich nicht. Wer konkret auf wen zugegangen ist, weiß ich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das Leerverkaufsverbot bei Ihnen in der Firma – bei der Beratungsleistung von Wirecard – jemals Thema?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt. Mir gegenüber nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen Sie fachlich im Abgeordnetenhaus? Welche Themen covern Sie?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Bildungspolitik. Ich setze mich seit neun Jahren mit großer Leidenschaft dafür ein, die Bildungsgerechtigkeit zu verbessern. Mir liegen die Brennpunktschulen sehr am Herzen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dabei wünsche ich weiterhin viel Erfolg.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde ich bei den Fragen von Dr. Hauer aufsetzen. Es ist eine blitzsaubere Parteikarriere, die Sie hingelegt haben: Seit 2002 Mitglied, dann haben Sie einiges skizziert, Sie sind stellvertretender Vorsitzender der SPD Neukölln-Mitte, seit 2010 Kreisvorstand der SPD Neukölln, Kreisdelegierter, Landespartei delegierter im Abgeordnetenhaus, ordentliches Mitglied in den Ausschüssen Bildung, Jugend und Familie, Ausschuss für Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation. Wie Sie nach eigenen Worten gesagt haben, sind Sie seit Mai 2019 bei Beust & Coll tätig. Ich frage mich, ob es so wenig im Berliner Parlament zu tun gibt. Normal kenne ich das so: Wir haben hier den Kollegen zu Guttenberg gehabt, der nach seiner aktiven politischen Karriere beraten hat. Er sagt, er wäre kein Lobbyist. Sie haben es Interessenvertretung genannt. Haben Sie überhaupt noch Zeit, entweder für den einen oder den anderen zu arbeiten?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Selbstverständlich. Wir sind kein Vollzeit-Parlament. Zum Zweiten bin ich bei meinem Arbeitgeber auch nicht in Vollzeit tätig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich kenne ein paar Kollegen aus Hamburg, die dort auch waren. Ich

kenne eine Kollegin, die dort im Finanzausschuss war. Die musste ihre Steuerberatungskanzlei ganz schön schleifen lassen, um das Mandat vollends wahrzunehmen. Ich frage mich - - Wir haben hier auch Herrn zu Guttenberg mit vielen Dingen konfrontiert. Ich habe auch gelesen, in wie vielen Ausschüssen Sie sind. Sie haben auch gesagt, dass es in Berlin viel Arbeit gäbe. Ich frage mich das nur, an der Stelle - -

Können Sie das Geschäftsgebiet und die Geschäftstätigkeit beschreiben? Auf Ihrer Vita steht Senior Berater. Wenn ich mich in die Beratungsbranche hineinversetze, gibt es einen Junior- und einen Senior Berater. Was macht ein Junior Berater bei Beust & Coll? Sind Sie woanders Projektleiter? Sie haben gesagt, dass Sie mehr für die Organisation zuständig seien. Sind Sie als Senior Berater auch irgendwo Projektleiter?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich bin bei zwei anderen Kunden Projektleiter. Es gibt bei von Beust & Coll keinen Juniorberater, sondern nur Berater und darüber geordnet Senior Berater. Das begründet sich dadurch, wie viel Berufserfahrung die jeweilige Person mitbringt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sind gleich als Senior Berater eingestiegen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was deckt die Geschäftstätigkeit ab? Das können Sie abstrakt formulieren, wenn Sie sagen, dass Sie auch bei einigen anderen Mandaten Projektleiter sind. Was ist die Geschäftstätigkeit, die Sie dort von bis ausüben? Ich habe Verständnis, dass Sie Ihre anderen Mandantschaften, wo Sie Projektleiter sind, nicht offenlegen können oder wollen. Was ist die Geschäftstätigkeit bei von Beust & Coll?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich würde Sie bitten, die Geschäftsleitung zu den Kunden zu fragen. Was die konkrete Tätigkeit betrifft, verhält es



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

sich so, dass es zum einen Monitoring von laufenden Themen ist. Das heißt, dass wir aktuelle Themen dem Kunden gegenüber, die man vorher miteinander definiert hat und für den Kunden relevant sind, monitort, ihn darüber in Kenntnis setzt, wenn neue Prozesse gestartet sind. Es werden konkrete Gesetzgebungsverfahren im Blick behalten, wann sind die nächsten Stufen, das heißt, wann entscheiden Sie als Bundestag, ist es seitens des Bundesrates zustimmungspflichtig, hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf bereits beschlossen, wenn nicht, wann passiert das etc. Das ist das eine. Das andere ist, dass – wenn der Kunde den Wunsch äußert, dass zu einem bestimmten Thema näher ins Gespräch gegangen werden soll, welche potenziellen Auswirkungen ein konkreter Gesetzentwurf hätte –, dann gehen wir mit dem Kunden näher in das Gespräch darüber und versuchen, das mit dem Kunden ein Stück weit zu flankieren, mit Flankierungen, mit wem unseres Erachtens Austauschgespräche empfehlenswert sind. Das ist zumindest die Regel. Wir weisen insbesondere daraufhin, welche möglichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des geplanten Gesetzesvorhabens damit verbunden sein könnten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gibt es da eine - - Ich habe mit den Wirtschaftsberatergesellschaften und –prüfungsgesellschaften und ihrem Professional Service ein Problem. Das ist vielleicht aber auch ein Problem der Gesellschaft. Da war vieles aus Steuerberatung und Abschlussprüfung ineinander. Sie haben gerade die Gesetzesvorhaben angesprochen. Sie sind im Ausschuss für beispielsweise „Jugend, Familie“ und im Ausschuss „Bildung und Forschung“. Können Sie ausschließen, dass Sie eine Chinese Wall überschreiten, wenn Sie einen Mandanten haben, der just in diesem Bereich tätig ist, und Sie gleichzeitig in dem Ausschuss sitzen? Ich habe damit Probleme, auch wenn es ein Feierabend-Parlament ist. Es ist so nahe im Bereich des Lobbying. Können Sie das für sich ausschließen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich habe keine Interessenkonflikte. Wenn ich einen hätte, dann würde ich meine Arbeit so nicht machen können. Das war meinem Arbeitgeber auch im Vorhinein klar. Wir haben das vertraglich festgehalten, dass es zu keinem Interessenkonflikt kommen darf und kann. Darüber hinaus bin ich auch, um irgendeinen Anschein eines Interessenkonfliktes vorwegzugreifen, aus dem Ausschuss für „Bundesangelegenheiten, Europa und Medien“ hinausgegangen. Ich erinnere mich nicht mehr, wann genau das war. Das muss rund um meinen Wechsel zu von Beust & Kollegen, Mitte letzten Jahres gewesen sein. Darüber hinaus sind die Themen, mit denen ich es bei von Beust & Kollegen zu tun habe, bundespolitische Themen und keine originären Landespolitik-Themen. Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist ein Landtag. Wir machen Landespolitik und nicht Bundespolitik.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da gibt es manchmal auch Berührung. Sie haben auch einen Flughafen mit Brandenburg gebaut. Ich habe keine weiteren Fragen. Matthias Hauer, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde daran gerne anknüpfen. Habe ich richtig verstanden, dass Sie den Ausschuss im Abgeordnetenhaus verlassen haben, damit keine Interessenkollisionen entstehen können?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein, um einem möglichen Vorwurf entgegenzutreten, dass ich einen Interessenkonflikt haben könnte, weil ich Mitglied in einem Ausschuss bin, in dessen Titel „Bundesangelegenheiten“ steht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich bin irritiert. Ich habe vielleicht ein anderes Verständnis von meiner Mandatsausübung. Ich würde meine Mandatsausübung nicht daran orientieren, was ich als Nebentätigkeiten ausübe. Ich finde es komisch, dass Sie wegen irgendwelcher Interessenkollisionen befürchten, in schlechtes Licht gerückt zu



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

werden, und sich dadurch in Ihrem Mandat beeinträchtigen lassen und den Ausschuss verlassen. Das finde ich komisch.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich lasse mich nicht in der Ausübung meines Mandates beeinträchtigen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie sind nicht mehr in dem Ausschuss, weil Sie offensichtlich keine Interessenkollision haben wollen.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich bin aus dem Ausschuss ausgetreten, um dem Vorwurf, dass ich etwaiger Interessenkollisionen ausgesetzt sein würde, zu entgehen, und habe mich aufgrund dessen dazu entschieden. Ich bin mit großer Leidenschaft seit neun Jahren, also seit Anfang an, Mitglied des Ausschusses für Bildung, Familie und Jugend. Das ist meine Arbeit als Parlamentarier. Ich denke, dass Sie es – wie alle anderen hier im Raum genauso gut – kennen, dass das Abgeordnetenhaus wie auch der Bundestag ein Parlament mit Arbeitsteilung ist. Wir haben in der Regel ein oder zwei Arbeitsschwerpunkte, mit denen wir uns schwerpunktmäßig auseinandersetzen. Das mache ich seit Anfang an.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Für mich klingt das eher so, als wäre die Abgeordnetentätigkeit an Nummer zwei und Sie richten sich danach, was Sie nebenberuflich machen. So klingt das jedenfalls, wenn Sie sagen, dass Sie deshalb extra den Ausschuss verlassen. Wenn von Beust demnächst ein Mandat im Bereich Bildung bekommt, sind Sie wahrscheinlich aus dem Ausschuss raus und gehen in den Landwirtschaftsausschuss. Das ist böswillig interpretiert.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Nein. Ich nehme Ihre Bewertung zur Kenntnis, die ich nicht teile. Mein Arbeitsschwerpunkt ist von Anfang an Bildung. Es ist arbeitsvertraglich festgehalten, dass es keinen Interessenkonflikt geben kann und darf. Ich nehme Ihre Bewertung, die ich nicht teile, zur Kenntnis.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und ich nehme zur Kenntnis, dass Sie den Ausschuss verlassen haben, um in Ruhe bei von Beust arbeiten zu können.

Zurückkehrend zu dem Schreiben, dass Sie an Prof. Röller vorbereitet haben: Der Ansprechpartner, der da drin steht, an den man sich wenden soll, sind Sie. Da steht:

Ich bin für die entsprechenden Informationen dankbar. Für Rückfragen stehe ich...

also von Beust, aus dessen Sicht ist es geschrieben,

...Ihnen gerne persönlich oder unser Senior Berater Joschka Langenbrinck [geschwärzt] zur Verfügung.

Hatten Sie den Vermerk, dass Sie zur Verfügung stehen, da reingeschrieben, oder ist das durch jemand anderes ergänzt worden?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Da ich den Brief auf Bitte des Projektleiters entworfen habe, habe ich das auch so formuliert. Da mich der Projektleiter gebeten hatte, den Brief für Herrn von Beust zu entwerfen, war es für mich auch normal, da auch rein zu schreiben, dass ich auch als Ansprechpartner zur Verfügung stünde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich wundert es, weil Sie sagten, dass Sie nur mit der Orga befasst wären. Auf der anderen Seite schreiben Sie sich als Ansprechpartner rein. Da hätte man Herrn Frevel reinschreiben können. Warum hat man den nicht reingeschrieben? Der wäre scheinbar der sachlich zuständiger Partner gewesen.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist richtig. Für mich war das in dem Moment der gangbare Weg, mich als zweiten Ansprechpartner reinzuschreiben, weil ich gebeten wurde, den Brief zu entwerfen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn jemand wirklich auf Sie zugekommen wäre, hätten Sie dem gar nichts sagen können, weil Sie gar nicht in der Sache befasst sind, außer dass Sie zweimal protokolliert und dreimal einen Brief vorbereitet haben.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Richtig. In der Sache hätte ich nichts großartig beitragen können. Wie Sie dem Schreiben an Professor Röller entnehmen können, beinhaltet der Brief eine konkrete Fragestellung. Und eine Antwort auf die konkrete Fragestellung hätte ich annehmen und entsprechend weitergeben können.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das wars für diese Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe auch keine weiteren Fragen. Ich gucke zu den Kollegen der SPD-Fraktion – Frau Kiziltepe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich habe eine kurze Frage: Herr Hauer hat das ja sehr schön betont, dass Sie in der Sache nicht befasst waren. Ich habe mich jetzt die ganze Zeit gefragt, warum wir Sie hier sitzen haben. Denken Sie, dass hier eigentlich Herr Frevel hier sitzen sollte?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich denke mir, dass sich der Untersuchungsausschuss sicherlich etwas dabei gedacht hat, wie er die Zeugenliste zusammengestellt hat. Deswegen kann ich Ihnen die Frage nicht wirklich beantworten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das wars soweit von der SPD-Fraktion. Dann der Kollege Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. Ich könnte eine Menge dazu beitragen, wie diese Liste zustande kam, aber das gehört nicht in die Beweisaufnahme.

Herr Langenbrinck, ich möchte einfach nochmal zur Abrundung abklären: Hatte von Beust & Coll. auf der Arbeitsebene bei Wirecard einen festen Ansprechpartner, der die Kundenbeziehung seitens Wirecard gesteuert hat? Wer war das?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das war Herr Ley.

Dr. Florian Toncar (FDP): Höchstpönlich oder gab es noch jemand anderen, wo man sagte, dass – wenn man den Bereich von Herrn Ley erreichen möchte – dann muss ich mit Herrn Müller oder Herrn Schmidt reden? Hat Herr Ley seine E-Mails alle selbst geschrieben und bei von Beust angerufen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das weiß ich nicht. Mir ist nur bekannt, dass Herr Frevel mit Herrn Ley im Austausch gestanden hat, vermutlich auch mit dem Sekretariat und Vorzimmer von Herrn Ley.

Dr. Florian Toncar (FDP): Kann man es so zusammenfassen, dass nach Ihrer Beobachtung und persönlichen Wahrnehmung Herr Ley bei den über Ihre Firma betreuten Mandaten bei Wirecard der Verantwortliche und steuernde Kopf gewesen ist?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Die Frage kann ich so nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist gar keine Falle. Wir haben zum Beispiel Markus Braun gefragt, ob er im Vorstand von Wirecard für politische Kontaktpflege zuständig war. Er wollte nicht antworten. Wir rätseln immer noch über die Zuständigkeit. Ich sehe, dass bei Ihnen immer Herr Ley auftaucht. Deswegen war die Frage völlig neutral gemeint: Hatte die Firma mit anderen hochrangigen Wirecard-Managern – Herr Ley war irgendwann Berater – zu tun? War bei Ihnen Herr Ley der wichtigste Entscheidungsträger bei Wirecard?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt. Ich hatte mit Herrn Ley keinen Kontakt.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kann Ihnen nur sagen, warum mich der Projektleiter gebeten hatte, die Terminanfragen für Herrn Ley vorzubereiten. Alles andere diesbezüglich entzieht sich meiner Kenntnisnahme.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist Ihnen bekannt, dass über die Firma von Beust auch eine Gesprächsanfrage in das Bundeswirtschaftsministerium im Jahr 2020 verschickt wurde?

Zeuge Joschka Langenbrinck: In das BMWi?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Der Projektleiter hatte mich gebeten, dass ich ihm die Terminanfrage, die ich verschickt hatte, zur Verfügung stelle. Was die Kollegen, also der Projektleiter oder mein Kollege, der ebenfalls, soweit mir das bekannt ist, Terminanfragen verschickt hat, was daraus geworden ist, weiß ich nicht. Es kann gut möglich sein, dass es Terminanfragen auch an andere Stellen gegeben hat.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank Dr. Toncar. Dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Herr Langenbrinck, können Sie mir sagen, welche Rolle die Hamburger Förderbank in Ihren Bemühungen gespielt hat? In einer E-Mail von Herrn Frevel wird gefragt, ob sich die Hamburger Förderbank bereits gemeldet habe. Waren Sie nie damit befasst?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Mit einer Hamburger Förderbank war ich nicht befasst, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vorhin wurde die Thematik „Interessenkonflikte“ thematisiert. Würden Sie, wenn es eine Abstimmung im Berliner Abgeordnetenhaus über den Glücksspielstaatsvertrag gäbe, sich solchen Abstimmungen entziehen?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Weil Glücksspiel im Sinne des politischen Lobbying ein relevantes Tätigkeitsfeld für die Agentur ist?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ende letzten Jahres gab es eine Abstimmung über den Glücksspielstaatsvertrag. Ich kriege es nicht mehr genau datiert. An dieser Abstimmung war ich nicht im Raum.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Bewusst nicht?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): In dem Brief, MAT A BKAm-6.03 Blatt 15 an Herrn Professor Rölller durch Ole von Beust, sagt er:

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne persönlich oder unser Senior Berater Joschka Langenbrinck zur Verfügung.

Sie waren die Person, die sich bei von Beust & Coll am besten mit Wirecard auskannte?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das missverstehen Sie. Ich wurde lediglich vom Projektleiter darum gebeten, diese Unterstützungsleistung zu machen: den Brief an Professor Rölller zu entwerfen und den von Herrn von Beust freigeben zu lassen. Ich habe mich als potenziellen weiteren Ansprechpartner reingeschrieben, nicht weil ich ein Hauptansprechpartner intern für den Kunden Wirecard gewesen bin, sondern weil ich gebeten wurde, diesen Brief zu entwerfen, und es für mich normal gewesen ist, weil ich diesen Brief entworfen habe, mich als weiteren Ansprechpartner reinzuschreiben.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie hätten zu all den Sachverhalten, die in dem Brief angesprochen wurden,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Das Unternehmen betreibt regulierte Finanzinstitute in Europa, dem asiatisch-pazifischen Raum, Lateinamerika bis hin zu Nordamerika sowie dem Nahen Osten/Afrika und hält Lizenzen aus allen wichtigen Zahlungs- und Kartennetzwerken.

Zu diesen Sachverhalten hätten Sie gebührend auch gegenüber Herrn Röller, der auch meint, dass eigentlich keiner richtig gewusst habe, was das Unternehmen macht, umfänglich Stellung nehmen können? Können Sie definieren, was ein reguliertes Finanzinstitut ist?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Dazu hätte ich nicht detailliert Stellung nehmen können. Den Passus aus dem Brief an Professor Röller hat der Projektleiter zugearbeitet. Im Übrigen ist es der gleiche Absatz, der sich auch in den Terminfragen an die - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja, klar. Vielleicht habe ich eine falsche Vorstellung. Wir hatten Herrn zu Guttenberg hier. Der meinte, dass die eine PowerPoint über Blockchain in China erarbeitet hätten. Ich würde für so etwas als Finanzdienstleister nicht bezahlen. Das könnte auch der Praktikant machen. Machen Sie sich denn, wenn Sie so einen Auftrag übernehmen, mit dem Geschäftsmodell vertraut? Wer hat das bei Ihnen gemacht?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das müssen Sie die Geschäftsführung fragen. Ich war damit nicht vertraut. Ich kenne keine PowerPoint von uns intern bezogen auf den Kunden Wirecard.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Als nächstes hat das Wort Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin erwähnt, dass das Mandat nach

Ihrem Wissen im Juni oder Juli 2020 beendet worden ist.

Zeuge Joschka Langenbrinck: Seitens meines Arbeitgebers.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur Rolle von Herrn Ley: Er war früher Finanzvorstand und in der Zeit, über die wir geredet haben, sprich die letzten zwei Jahre, so etwas wie der politische Berater. War er Angestellter von Wirecard? Hatte er einen Beratervertrag? War er freier Mitarbeiter? Wissen Sie darüber etwas?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Es ist mir nicht bekannt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weiteren Fragen. Ich gebe die Zeit an Frau Paus weiter.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Paus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Mitarbeiter haben von Beust & Coll. insgesamt?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Mit allem, also auch Buchhaltung, ungefähr zwanzig Personen. Die sind auch auf der Webseite aufgeführt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Hauptgeschäft ist politische Konstellation. Kennen Sie Herrn Kukies und Herrn Weizsäcker aufgrund Ihrer Mitgliedschaft in derselben Partei auch persönlich?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich kenne Herrn Kukies nicht persönlich. Herr von Weizsäcker kenne ich auch nicht persönlich. Ich hatte mit ihm einmal bei meinem vorherigen Arbeitgeber im Rahmen einer Arbeitssitzung eines Fachforums, das ich organisiert habe, zutun.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das SPD-Wirtschaftsforum?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Joschka Langenbrinck: Genau.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Herrn Kukies hatten Sie in dem Zusammenhang keinen Kontakt?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ich hatte zu Herrn Kukies noch nie persönlichen Kontakt. Ich habe mit ihm noch nie ein persönliches Wort gewechselt. Bei meinem ehemaligen Arbeitgeber gab es eine Veranstaltung zum Thema Zukunft des Finanzstandortes Deutschland. Da saß er auf einem Panel. In dem Zuge hatte ich seinerzeit auch mit seinem Büro Kontakt, aber nicht persönlich zu ihm.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie solche Terminanfragen bei der Arbeitsaufteilung in Ihrem Büro machen: Spielt da die jeweilige Parteizugehörigkeit eine Rolle?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das müssen Sie den Geschäftsführer fragen. Ich habe Termine bei zwei Personen mit einem SPD-Parteibuch und einer Person mit einem CSU-Parteibuch angefragt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr von Beust ist CDU. Von daher würde es vielleicht noch darunter fallen. Deswegen frage ich.

Hat der entsprechende Kollege, der die anderen Terminanfragen gemacht hat, auch ein Parteibuch?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Das ist mir nicht bekannt. Bei meinem Arbeitgeber haben auch nicht alle ein Parteibuch.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten gesagt, dass Sie abhängig beschäftigt seien, und dass Sie nichts über den Vertrag zwischen Ihrem Arbeitgeber und Wirecard wissen würden. Haben Sie einen Anteil Ihres Gehaltes, der erfolgsabhängig ist?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Auf den Kunden Wirecard bezogen? Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ansonsten schon?

Zeuge Joschka Langenbrinck: Ansonsten auch nicht, nicht spezifisch. Alles was die Ausgestaltung des Arbeitsvertrages betrifft, würde ich Sie bitten, das den Geschäftsführer zu fragen. Mir ist nicht bekannt, ob ich solche Fragen hier beantworten darf. Herr von Beust ist auch noch geladen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, dass Sie zu Ihrem Arbeitsvertrag aussagefähig sind. Grundsätzlich wäre es auch relevant. In Bezug auf Wirecard haben Sie es beantwortet: Keine erfolgsabhängige Vergütung in Bezug auf den Mandanten Wirecard.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich gucke zu den Kollegen der CDU-Fraktion. Nein. Kollegen der SPD-Fraktion? Nein. Kollege Toncar? Nein. Kollege De Masi? Nein. Kollege Bayaz? Nein.

Dann stelle ich nunmehr fest, dass die Kollegen der anderen Fraktionen auch keine Fragen mehr haben. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen, ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung. Ich darf mich bei Ihnen ganz recht herzlich bedanken und auch, dass Sie in der Nacht kurz vor Weihnachten am 17.12. ausgeharrt haben. Ich wünsche Ihnen alles Gute! Bleiben Sie gesund! Einen schönen Abend! Vielen Dank, dass Sie hier erschienen sind!



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Joschka Langenbrinck: Danke! Die Wünsche gebe ich gerne zurück! Bleiben Sie auch gesund!

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann machen wir weiter! Dann würde ich bitten, dass wir die Zeugenvernehmung von Ole von Beust zusammen vornehmen. Ich bitte Herrn von Beust zu uns in den Saal.

Ist eine Pause gewünscht? Frau Kiziltepe, würden Ihnen fünf Minuten ausreichen? Dann setzen wir um zehn nach zehn Uhr fort. Dann muss Herr von Beust nicht so eilen.

Unterbrechung von 22.03 Uhr bis 22.10 Uhr



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Ole von Beust

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich darf Sie ganz offiziell begrüßen. Der zweite Anlauf hat es dann auch gebracht. Entschuldigung, dass Sie die Nacht ausharren musste, ohne dass wir Sie dann hier vorladen konnten. Herr von Beust, ich heiße Sie herzlich willkommen. Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, Ihren Rechten und Pflichten als Zeugen sowie zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich dankenswerter Weise vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt.

Damit kann ich mich auf die technischen Hinweise für heute beschränken. Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würden, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über einen Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen? Nein.

Ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf und Wohnort mitteilen. Da wir auch eine Tonbandaufzeichnung haben, ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon auf rot stellen. Das geht über die Taste mit dem Finger drauf. Sie haben das Wort.

Zeuge Ole von Beust: Zur Person: Ole von Beust, 65 Jahre alt, wohnhaft in [REDACTED], von Beruf Rechtsanwalt und Geschäftsführer.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie haben nunmehr Gelegenheit und die Möglichkeit im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen über den Gegenstand dieser Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Ole von Beust: Ich habe keine Erklärung vorbereitet und antworte gerne auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann fange ich an. Nach der letzten Sitzung hat sich eingebürgert zu fragen: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet?

Zeuge Ole von Beust: Ich habe mein eigenes Gedächtnis bemüht. Das reicht im Zweifel aber nicht, sondern ich habe mit dem Kollegen - wir waren drei geschäftsführende Gesellschafter der Firma von Beust & Coll. -, der das Wirecard-Mandat federführend bearbeitet hat, gesprochen, und mit einem weiteren Partner unserer Firma, der damals als Presseanfragen kamen, die Kommunikation gemacht hat in der Beantwortung von Fragen zu unserer Rolle. Wir drei haben uns zusammengesetzt und versucht, einige Dinge zu rekonstruieren. Ich sage es in diesem Zusammenhang einmal ausführlich, weil es sich nachher vielleicht nochmal ergibt und ich dann darauf Bezug nehmen kann. In unserer Gesellschaft wird es so gehandhabt, dass jeder geschäftsführende Gesellschafter federführend die Mandate oder Aufträge bearbeitet, jeder für sich selbstständig auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugreift, die persönlich, fachlich oder weil sie gerade da sind, besonders qualifiziert sind, und mit denen gemeinsam die Dinge bearbeitet. In diesem Fall war für Wirecard mein Kollege zuständig und nicht ich. Darum habe ich aus eigener Erkenntnis nur bestimmte Dinge, die ich noch erinnere, wo ich auch in die Arbeit eingebunden wurde. Das andere habe ich dann von meinem Kollegen erfahren bzw. erinnere ich vielleicht aus Gesprächen aus der Zeit. Der federführende geschäftsführende Gesellschafter war ein anderer.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war der Herr Frevel, oder?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ole von Beust: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Langenbrinck hat vorhin sehr oft gesagt, dass er nur Organisator gewesen sei. Können Sie bestätigen, dass er nur organisatorisch tätig war? Ansonsten konnte er uns nicht unbedingt weiterhelfen.

Zeuge Ole von Beust: Ich kann es nicht beurteilen, weil das Mandat von Herrn Frevel geführt wurde. Wenn ich mich richtig erinnere, hatte ich in der Wirecard Sache einmal die organisatorische Hilfestellung von Herrn Langenbrinck, weil er einen Brief an das Kanzleramt, an Herrn Professor Rölller, entworfen hatte, den ich unterschrieben hatte. Da habe ich ihn in der Zusammenarbeit mit Wirecard am Rande wahrgenommen. Ich nehme an, dass stimmt, was er sagt, weil es auch die Arbeitsweise meines Kollegen ist. Ich kann es aus eigener Anschauung nicht beurteilen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sind Ihnen vom Bundeskanzleramt in der Vorbereitung Akten zur Verfügung gestellt worden?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Seit wann – bezogen auf den Untersuchungszeitraum 01.01.2014 bis 01.10. – arbeitet Ihr Unternehmen für die Wirecard AG?

Zeuge Ole von Beust: Der zugrundeliegende Vertrag basiert seit Juni 2018. Wir haben den Vertrag im Juli 2020 gekündigt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer hat sich seitens der Wirecard AG erstmalig an Sie gewandt? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Ole von Beust: Ich habe das Mandat nicht akquiriert. Das hat mein Kollege Frevel gemacht. Der hat auch die Vorbereitung für das Zustandekommen des Vertrages gemacht. Meine ersten Berührungspunkte und fast auch die einzigen mit

Vertretern von Wirecard ist ein Gespräch in der Zentrale in Aschheim bei München mit Herrn Ley, der damals für Wirecard die Gespräche geführt hat, gewesen. Da Herr Frevel nicht konnte, hat er mich zu einem Gespräch nach Aschheim eingeladen, um einige operative Dinge des Vertrages zu besprechen. Ich war im Oktober 2018 dort.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sind Ihnen Aktivitäten, die Ihr Unternehmen für die Wirecard AG im Untersuchungszeitraum durchgeführt hat, dennoch bekannt?

Zeuge Ole von Beust: Mir sind die Verträge und punktuell Aktivitäten bekannt, weil ich in einige wenige Dinge eingebunden war, und teilweise durch Zuruf auf dem Flur, also zum Beispiel „Was gibt's Neues?“ oder „Wie bewertest du das?“, aber weniger aus eigener operativer Tätigkeit in diesem Mandat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war ein guter Hinweis: „Wie findest du das?“. Alle haben kursorweise nicht so richtig die Financial Times oder nur den Pressespiegel gelesen. Das hat mich bisher im Untersuchungszeitraum unseres Ausschusses verwundert. Gab es da innerhalb Ihres Unternehmens einen Zuruf Ihrerseits in Richtung federführenden Kollegen, dass beispielsweise im Februar 2019 ein Leerverkaufsverbot erlassen wurde? Es gab in 2017 schon sehr kritische Berichterstattung seitens der Financial Times. Dann haben wir auf einmal Ungereimtheiten gehabt; 2019 setzte der KPMG-Sonderprüfungsbericht mit Ergebnis am 27. April auf. Dann hat alles seinen Lauf genommen. Haben Sie mit Ihrem Kollegen mal darüber gesprochen?

Zeuge Ole von Beust: Wir haben mal über die Presseberichterstattung und die Entwicklung gesprochen. Nach meinen Erinnerungen war es aber so, dass es sich nach den Vorwürfen oder Vorkommnissen im Jahre 2019 wieder normalisiert hat. Ich weiß nicht, ob es eine Sonderprüfung von den Wirtschaftsprüfern war, dann



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

schien die Sache wieder in Ordnung. Dann ging es 2019 durch, bis 2020 die neuen Dinge hochkamen. Ich habe, als die neuen Dinge aus meiner Sicht brenzlich oder immer massiver wurden - ich kann Ihnen nicht mehr sagen, ob das nach oder kurz vor dem Sondergutachten von KPMG war, aber im Zuge der sich zuspitzenden Berichterstattung - mit Herrn Ley gesprochen. Er hat mir glaubhaft versichert, dass an den Vorwürfen nichts dran sei, eine Transparenzoffensive erfolge, er es selber aus seiner Zeit als Finanzvorstand kenne, dass ab und zu mal Gelder nicht aufgedeckt werden, aber man durch intensives Suchen die Sache wieder aufklären könnte. So würde es auch hier sein. Er war sich hundertprozentig sicher, dass die Vorwürfe alle aufgeklärt werden würden. Das war im Frühjahr 2020.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin selbst Hamburger und weiß auch, dass die Menschen in Hamburg miteinander reden. Als ehemaliger Bürgermeister unterstelle ich, ansonsten würde ich meine Heimatstadt falsch interpretieren, bestehen immer noch Kontakte, beispielsweise in die Bürgerschaft, vielleicht auch zum ehemaligen Finanzsenator und jetzigen Bürgermeister Herrn Tschentscher. Man sieht sich vielleicht auch mal, durch Corona weniger. Ist mit Ihnen darüber gesprochen worden? Oder hat man gesagt, dass man mal den Hörer zur Hand nehme und sagt, dass man etwas gehört habe und nachfragt, ob sie Näheres wüssten? Ist jemand auf Sie zugekommen, der von Ihrer Mandantschaft gegenüber Wirecard wusste, sodass man ein Gespräch darüber geführt hat?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gar nicht?

Zeuge Ole von Beust: Weder offiziell noch inoffiziell.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie zum genauen Auftrag etwas sagen, oder müsste das

der Kollege übernehmen? Der Kollege Langenbrinck hat bezüglich des Tätigkeitsfeldes, was Sie für Wirecard getan haben, auf die Geschäftsführung verwiesen. Können Sie dazu etwas beitragen?

Zeuge Ole von Beust: Der Ursprungsvertrag aus Juni 2018 hatte ausschließlich die Frage zum Gegenstand, inwieweit Wirecard aufgrund deren Erkenntnissen von internationalen Geldverkehren und der Algorithmen, die damit zusammenhängen, hilfreich sein könnte, im Zuge der Gestaltung des neuen Glücksspielstaatsvertrages zwischen den Ländern, die Algorithmen, die Sie kennen, für die Überwachung des Zahlungsverkehrs einzusetzen. Sie erinnern sich vielleicht, dass in diesen Jahren sehr lange über einen neuen Glücksspielstaatsvertrag zwischen den Ländern gesprochen wurde, der dann Ende letzten Jahres zustande kam. Im Zuge dessen ging es immer um die Frage, ob man - wenn man Anbieter zulässt, die bisher nicht für das Angebot von Glücksspiel zugelassen sind - sicherstellen kann, dass aus Sicht des Verbraucherschutzes, Jugendschutzes, Spielerschutzes, die Zahlungsverkehre wirksam überwacht werden können, um Missbrauch zu verhindern. Wirecard fühlte sich in der Lage, etwas entwickeln zu können, weil sie gesagt haben, dass aufgrund ihrer Erfahrung im internationalen Geldverkehr, sie in der Lage seien, zu gucken, wenn Unregelmäßigkeiten da sind, und damit ein Werkzeug zu liefern, um dieses unterbinden zu können. Der Gegenstand des Vertrages war vor dieser Aufgabenstellung, mit der Politik ein Gespräch zu finden, wo Wirecard darstellen konnte, welche Möglichkeiten sie im Zuge einer möglichen Änderung des Glücksspielstaatsvertrages sehen, diese Dienstleistungen anbieten zu können. Das waren der Grundstein und der Umfang dieses Vertrages. Das war der Grundlagenvertrag.

Der ist im November 2019 um zwei weitere Punkte ergänzt worden: Zum einen das Geschäftsmodell von Wirecard in der Politik be-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

kannter zu machen, das heißt überwiegend Abgeordnete finden, diese zu informieren, Gespräche zu suchen, auch auf exekutiver Ebene, aber überwiegend auf legislativer Ebene, jetzt auf Bundesebene. Das andere waren Gespräche auf Landesebene, weil der Glücksspielstaatvertrag Landessache ist. Auf Bundesebene sollten Gespräche geführt werden, um Wirecard bekannter zu machen und in Einzelprojekten zu unterstützen. Was ich vergessen habe: Die Grundlage des ersten Vertrages war ein ständiges Reporting über Entwicklungen im Glücksspielrecht. Das heißt, sowohl Gespräche zu führen als auch ein ständiges anlassbezogenes Reporting, wenn zum Beispiel eine Ministerpräsidentenkonferenz tagte, hinterher aus unserer Kenntnis mitzuteilen, welche Entwicklung es bezüglich einer möglichen Liberalisierung des Glücksspielstaatvertrages gäbe. Das waren die beiden Elemente. Der erste Vertrag - ausschließlich Glücksspiel, Reporting und Gespräche. Der zweite Vertrag - Gespräche in der Politik und ausgesuchte Einzelprojekte, um Wirecard da zu unterstützen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich würde auf den Brief vom 10. März 2020, den Sie ansprachen, zurückkommen. Der wurde von dem Kollegen Joschka Langenbrinck an Herrn Professor Rölller verfasst. Da informierten Sie sich und baten um Informationen zum im September 2020 geplanten EU-China-Gipfel in Leipzig. Das Schreiben befindet sich auf MAT A BKAm-6.03 Blatt 15. Erhielten Sie zu dem Schreiben einen konkreten Auftrag oder handelten Sie selbstständig im Rahmen des von Ihnen beschriebenen im Jahre 2019 erweiterten Dauervertrages? Das ist ein Dauervertrag, wenn laufend ein Reporting über Entwicklung im Glücksspielbereich an Wirecard zu übermitteln sind.

Zeuge Ole von Beust: Das war im Zuge der Vertragsergänzung von 2019. Das hatte mit Glücksspiel nichts zu tun. Die Intention, das zu machen, ging von meinem Kollegen aus. Herr Langenbrinck hat den Brief formuliert, aber die Intention, das zu machen, ging von meinem Kollegen

aus. Ich gehe davon aus, dass es eine Bitte von Wirecard war, das zu machen. Ich weiß es aber nicht. Ich erinnere mich daran, dass mein Kollege mich gefragt hat, wer zuständig ist. Von Herrn Langenbrinck ist ermittelt worden, ob jemand Herrn Professor Rölller kennt. Weil die Chance, eine Antwort zu kriegen ist größer, wenn man jemandem schreibt, den man kennt, als wenn man jemandem schreibt, den man nicht kennt. Mir war der Name geläufig. Ich glaube, ich habe ihn irgendwann mal kennengelernt, aber nicht im Zusammenhang mit Wirecard, sondern im Zuge einer Kommission, die ich mitgeleitet habe. Dabei ging es um den Ausstieg aus der Kernenergie und die Strukturierung der Kosten. Da bestand Kontakt mit dem Kanzleramt und ich glaube, da habe ich ihn mal entfernt kennengelernt. Mir war der Name irgendwie geläufig. Und dann habe ich gesagt: „Ja, ich kenne ihn, dann mach ich den Brief“, weil vielleicht ein persönlicher Bezug da ist. Die Motivation für den Brief kann ich Ihnen nicht sagen, aber ich nehme an, dass es eine Bitte von Wirecard war, das zu machen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gab es andere Vorgänge, in denen Sie im Namen von Beust & Coll die Wirecard AG oder eine Tochtergesellschaft im Konzern beraten oder unterstützt haben?

Zeuge Ole von Beust: Ich persönlich meinen Sie?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, oder auch --

Zeuge Ole von Beust: Ja, also persönlich - - Ich habe im Zuge der Kontakte in Sachen „Länder/Glücksspiel“ einen Brief an den Innenminister von Niedersachsen, Herrn Pistorius, geschrieben, weil Niedersachsen damals war im Zuge des deutschen Lottoblocks für das Payment Blocking zuständig war. Also, wenn Missbrauch von Glücksspielanbietern geschah, waren sie zuständig, Projekte zu Payment Blocking zu entwickeln. Ich habe Herrn Pistorius angeboten, ein Gespräch



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

zu führen, damit Wirecard die Dinge, die ich vorhin erwähnt hatte, also die Algorithmen, mit denen man vielleicht eine Kontrolle vornehmen kann, vorstellen kann. Aber er hat mir dann nach einer gewissen Zeit geantwortet, dass kein Interesse an einem Gespräch bestand. Das war das eine.

Und das Zweite war: Ich hatte im Zuge des Aufbaupertrages, also der Gespräche, die geführt werden sollten, einen Brief an den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Herrn Brinkhaus, geschrieben. Der hat mich an seinen Stellvertreter, Herrn Jung, verwiesen, der für Finanzen zuständig ist. Ich habe ihn angeschrieben und glaube, dass es nicht mal zu einer Antwort kam, weil dann die Corona-Geschichten kamen und ein – in Hamburg würde man sagen - Kudelmuddel entstand. Es sind viele Dinge im Sande verlaufen. Das sind aus meiner Sicht die beiden Dinge, die ich persönlich gemacht habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist Ihnen nicht bekannt, dass Ihre Firma noch über andere Kollegen der Geschäftsführung - -

Zeuge Ole von Beust: Doch, jetzt hinterher. Ich hatte Ihnen ja gesagt, dass ich mit meinem Kollegen Frevel gesprochen hatte, was wir im Einzelnen gemacht haben. Da gab es einige Bitten um Gespräche - auch mit Abgeordneten -, auch um Termine zu machen. Ich glaube, dass es auch mit dem Staatssekretär im Finanzministerium einen Gesprächswunsch gab. Dann gab es Projekte. Eines war im Zuge des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wo die Frage war, ob Wirecard seine Kompetenzen im Zuge von Digitalisierung von Finanzverkehren in Ländern, die eine niedrige Filialdichte bei Banken haben - - ob ein Interesse besteht, irgendwas zu machen. Das ist ein Thema, das verfolgt wurde. Dann haben wir im Zuge von Abwicklung der Corona-Hilfen in Hamburg und Berlin, in Berlin der Senatskanzlei und in Hamburg der Investitionsbank angeboten, auf Bitten von Wirecard, dass die hier – und das geht im Grunde nahtlos

über zum Glücksspiel-Thema - aufgrund gewisser Kriterien meinen feststellen zu können, wenn Anträge unbegründet sind oder offensichtlich betrügerische Absicht dahinter steckt. Im Nachhinein entbehrt das nicht einer gewissen Komik dass Wirecard vor betrügerischer Absichten warnen wollte - aber das war damals nicht erkennbar. In dem Zusammenhang habe ich auch einen Brief an die Hamburger Investitionsbank geschrieben. Da kam aber auch keine Antwort; es bestand kein Interesse. In Berlin war es so, dass wir nur die Daten der zuständigen Leute in der Senatskanzlei weitergegeben haben, weil Wirecard so direkt den Kontakt aufnehmen wollte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da ging es im Prinzip um Algorithmen?

Zeuge Ole von Beust: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Dann habe ich zurzeit keine weiteren Fragen und schaue zu den Kollegen der CDU/CSU-Fraktion – bitte schön, Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr von Beust, Sie hatten gerade geschildert, dass es einen Ursprungsvertrag im Juni 2018 gab. Der wurde dann nochmal modifiziert. Erstmal ging es um Glücksspiel, nachher ging es um zwei andere Punkte. Da ging es zum einen ab November 2019 auch darum, das Geschäftsmodell bekannter zu machen. Da würde mich mal interessieren, inwieweit Sie sich selbst damals mit dem Geschäftsmodell von Wirecard befasst haben. War Ihnen bewusst, was Wirecard macht? Oder - was war Ihnen bewusst?

Zeuge Ole von Beust: Oberflächlich bewusst. Also, in dem Gespräch mit Herrn Ley in München, ist es erklärt worden. Es war oberflächlich bewusst. Vertieft war es nicht bewusst.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie mit Ihren eigenen Worten wiedergeben, wie Ihre Erinnerung daran ist, was Sie gedacht haben, was die machen?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ole von Beust: Die Grundstruktur war, dass internationale Zahlungsverkehre, die über Ländergrenzen hinweg über Kreditkarten abgewickelt werden, nicht direkt von der ausländischen Bank zu den Kunden stattfinden, sondern die Zahlungsverkehre über Wirecard organisiert werden und dafür pro Abwicklung des einzelnen Zahlungsverkehrs ein kleiner Betrag bei Wirecard bleibt. Im Zuge von Millionen und hunderten von Millionen Abwicklungen wird damit unter dem Strich der Gewinn von Wirecard erwirtschaftet. Das war das, was begründet wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie sagen, was Sie an Einnahmen aus diesem Wirecard-Mandat in den zwei Jahren erzielt haben?

Zeuge Ole von Beust: Ja, natürlich. Wir haben für das Grundmandat, also dieses ab 2018, monatlich ein Honorar von 5.000,00 € bekommen und für das spätere Mandat 7.500,00 € nochmal - sagen wir mal – obendrauf. Wobei das relativ kurz war; das war dann vom November, und gezahlt wurde seitens Wirecard bis März; April; Mai. Juni ist noch nicht bezahlt worden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sieht schlecht aus.

Zeuge Ole von Beust: Ja, ist ja gut, hilft ja nichts.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann hatten Sie gesagt, ab November 2019 haben Sie dann auch noch in Einzelprojekten unterstützt. Das war auch Bestandteil dieser neuen Beauftragung oder Erweiterung des Auftrags. Können Sie das nochmal konkretisieren?

Zeuge Ole von Beust: Ja. Ich hatte es eben schon auf die Frage vom Vorsitzenden gesagt: Nach meinen Erinnerungen war es einmal - - Also Erinnerung gar nicht, sondern was ich hinterher von meinen Kollegen gehört habe, aus der Erinnerung weiß ich es gar nicht. Einmal die Geschichte mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, ich glaube, dass da auch noch ein Gespräch war mit der GIZ,

der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit - - Aber das Thema ging eher um Anbieter/Aufbau eines Netzes, oder wie auch immer, an Fintech-Dienstleistungen in sich entwickelnden Ländern, weil die eben kein dichtes Bankennetz haben. Das zweite war die Überprüfung der Corona-Hilfen. Das war ein Punkt und jetzt muss ich nochmal gucken, was der dritte Punkt war, ich glaube da war noch ein weiterer, ich muss nochmal schauen, eine Sekunde.

Und dann war es eben dieser Brief an Herrn Professor Rölller, die Frage mit dem deutsch-chinesischen, ach nein dem europäisch-chinesischen Wirtschaftsgipfel, wo er aber der falsche Ansprechpartner war, weil, wenn ich das richtig erinnere, das von der Europäischen Kommission oder dem Europäischen Rat organisiert wurde. Es fand zwar in Deutschland statt, aber er war gar nicht zuständig. Aber das waren die drei Dinge, plus Einzelgespräche, die angestrebt wurden, mit Abgeordneten und auch Staatssekretären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat man sich auch auf der Europäischen Ebene, seitens Ihres Unternehmens irgendwie eingesetzt? Weil ja dieses Schreiben, was in Ihrem Namen oder von Ihnen dann an Herrn Rölller ging, da kam ja als Antwort, so nach dem Motto zusammengefasst „Wir sind nicht zuständig, zuständig wäre der Präsident des Europäischen Rates“. Also ging das da weiter? Sie haben da ja auch eine Niederlassung, auf der Ebene.

Zeuge Ole von Beust: Ja. Also wir haben uns, falls das virulent gewesen wäre, auch im Jahre 2019 eintragen lassen, beim Transparenzregister des Europäischen Parlaments. Da werden Sie unsere schöne Gesellschaft auch entdecken. Ich glaube, in Deutschland gibt es sowas leider noch nicht, aber das Europäische Parlament hat sowas, weil wir sagen, es könnte dazu kommen, dass wir da Kontakte haben. Ich habe es nicht weiter verfolgt, weil ich den Brief, ich habe es ja vorhin gesagt, wenn Sie so wollen, mehr aufgrund der vermuteten Bekanntschaft geschrieben habe, aber



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht der inhaltlichen Befassung. Ich glaube aber nicht, dass da auf europäischer Ebene noch was passiert ist, ist mir zumindest nicht bekannt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten ja gerade geschildert, dass es losging mit dem Thema Glücksspielstaatsvertrag. Da hatte der Kollege De Masi gerade auch schon Ihren Mitarbeiter, den Herrn Langenbrick, dazu schon befragt, bezüglich seiner Tätigkeit im Berliner Abgeordnetenhaus.

Zeuge Ole von Beust: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wird da bei Ihnen in der Gesellschaft drüber gesprochen, über etwaige Interessenkollisionen, die da vielleicht entstehen könnten?

Zeuge Ole von Beust: Also, wir haben darüber gesprochen als Herr Langenbrinck eingestellt wurde. Und das war uns klar - da legt er ja auch großen Wert drauf, und ich finde zurecht -, dass er nicht für Dinge eingesetzt wird, die mit seiner Berliner Landeszuständigkeit irgendwie kollidieren können, als Mitglied des Abgeordnetenhauses, sondern nur Dinge, die keine Landeszuständigkeit haben. Und ich glaube, er hat dann auch irgendeinen Ausschusssitz niedergelegt, in einem Ausschuss, wo er meint, da könnte es Kollisionen geben. Aber ansonsten war es klar, dass er nur für Dinge eingesetzt wird, wo er keinen direkten Bezug hat, aus seiner Berliner Abgeordnertätigkeit heraus. Darüber haben wir gesprochen. Und, soweit ich das weiß, ist es auch eingehalten worden, zumindest ist er nicht nach außen aufgetreten. Das ist noch ein Unterschied, ob er intern ein Thema hat, wo vielleicht mal eine indirekte Berührung ist, aber ich wüsste gar nicht welches. Nur, es war klar, dass er nicht, sagen wir mal, als Interessenvertreter nach außen auftritt, in der doppelten Funktion, Mitarbeiter von uns und Mitglied des Abgeordnetenhauses, bei Themen, die das Abgeordnetenhaus primär betreffen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also finden Sie, es ist ein normaler Vorgang, dass er in dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten Mitglied war?

Zeuge Ole von Beust: Herausgegangen, glaube ich, oder?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dann mit Aufnahme der Tätigkeit bei Ihnen dann aus diesem Ausschuss rausgegangen ist. Er sagte uns, so nach dem Motto, um sich da nicht dem Vorwurf von Interessenkollision auszusetzen.

Zeuge Ole von Beust: Ja, das war auch so. Es hat auch damals, das erinnere ich noch, die Genehmigung, also Genehmigung ist das falsche Wort, die Zustimmung des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD Fraktion gegeben. Dem hatte er es gesagt, dass er bei uns anfangen wollte, ob es von da aus Bedenken gab, auch im Hinblick auf mögliche Interessenkollisionen, und da wurde ihm gesagt, es sind keine Bedenken. Und er hat dann diesen Ausschusssitz niedergelegt und er wurde auch nicht für Berliner Dinge eingesetzt. Und ich muss Ihnen sagen, es ging nicht, es wäre insofern schade, als wir eine Reihe von Aufträgen haben, die auch mit Berliner Bauvorhaben zusammen hängen. Und die Berliner Verwaltung ist für jemand, der sie nicht kennt, ich will es mal freundlich ausdrücken, nicht ganz einfach zu durchdringen. Und dort jemand zu haben mit Sachkenntnis Berlins wäre hilfreich, aber wir haben ihn da rausgehalten, und er hat sich auch rausgehalten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und diese Interessenkollisionsthematik ist mit der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus diskutiert worden? So habe ich Sie jetzt verstanden.

Zeuge Ole von Beust: Ja, dieses ist besprochen worden, bei der Einstellung gleich, weil das ja klar war, dass das ein Problem werden könnte.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich hatte das vorhin schon einmal Herrn Langenbrinck - - aber vielleicht habe ich da auch eine völlig abwegige Auffassung von der Ausübung meines Mandats, deshalb frage ich Sie da jetzt auch mal, ob das ein normaler Vorgang ist, dass man sozusagen seine Abgeordnetentätigkeit danach ausrichtet, was man als Lobbyistentätigkeit nebenbei macht, und dann sagt, ich könnte damit in Berührung kommen, und dann schränke ich mein Abgeordnetenmandat ein, indem ich meinen Ausschusssitz niederlege. Ich finde das eigenartig.

Zeuge Ole von Beust: Das hat ja nur bedingt mit Wirecard jetzt was zu tun, aus meiner Sicht zumindest, aber man kann darüber diskutieren. Ich denke nur, man muss da sehr vorsichtig sein, also zum einen sind, glaube ich, die Landtagsabgeordneten in Berlin keine Fulltime-Abgeordnete, sondern sind, so ähnlich wie in Hamburg, da ist das ein Feierabend-Parlament, also viele von denen haben noch ein normalen Beruf. Ob man bei diesen, ich sage mal, bei diesen Bedingungen, wo Lobbyverdacht ist, besonders streng und kritisch ist – völlig in Ordnung. Ich kenne da aber eine Reihe von Kollegen auf Landesebene, Bundesebene, die munter als Rechtsanwälte arbeiten, auch im öffentlichen Recht arbeiten, als Steuerberater arbeiten, als Wirtschaftsprüfer arbeiten, gegenüber der Exekutive auftreten, und trotzdem zeitgleich Abgeordnete sind. Das gönne ich denen alles von Herzen. Das mag ja alles wunderbar sein, ich habe da auch gar keine Meinung jetzt im Moment, oder hatte ich eine, aber spielt keine Rolle. Nur wenn jemand in eine Firma geht wie unsere wird mahnend der Finger erhoben. Wenn Sie das mit dem Attribut „Rechtsanwalt“ machen würden, heißt es „anwaltschaftliche Schweigepflicht“ und nichts passiert. Darum warne ich so ein bisschen vor einer zu moralischen Argumentation. Denn wenn eine Brandmauer gebaut wird, und wir haben die gebaut, dann ist es wieder falsch, zu sagen, ja er hätte nicht aus dem Ausschuss rausgehen dürfen. Nebenbei, er war vorher beim Wirtschaftsforum der

SPD – ist das eine Kollision mit seiner Abgeordnetentätigkeit? Als Abgeordneter ist er dem ganzen Volk verantwortlich, beim Wirtschaftsforum der SPD ist er aber in einer Partei angestellt. So what? Also, ich sehe da kein Problem. Entschuldigung, das war eine lange Antwort.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war Ihre Einschätzung der Lage. Es ist Ihnen ja frei - -

Zeuge Ole von Beust: Ja klar, ich kann ja keine fremde abgeben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - - mir ist es frei, da eine andere Auffassung zu haben. Ich sehe schon einen Unterschied dazu. Wir haben ja gerade von Ihnen auch gehört, dass es in Ihrem Business auch darauf ankommt, wen kennt man, dann bekommt man vielleicht eher mal eine Antwort.

Zeuge Ole von Beust: Ja. In Berlin ist das - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Insofern ist das, glaube ich, eine etwas andere Sichtweise als wenn man vielleicht als Abgeordneter sein Unternehmen fortführt, was man auch vorher vor der Tätigkeit schon hatte, und auch wirtschaftlich eigenständig und unabhängig bleibt. Oder ob man aus der Abgeordnetentätigkeit heraus eine Tätigkeit im Lobbyismus annimmt. Ist eine andere Einschätzung. Aber das war jetzt keine Frage, das gebe ich zu. Aber ich denke mal (*akustisch unverständlich*) Statement, steht mir das auch noch zu.

Zeuge Ole von Beust: Aber er hat keinen Brief geschrieben an irgendeine Berliner Stelle (*akustisch unverständlich*) Verwirrung gab.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich würde nochmal interessieren, ob Sie an anderer Stelle sich nochmal irgendwann für Wirecard eingesetzt haben. Sie haben ja zum Beispiel ganz gute Kontakte, wie ich wahrgenommen habe, in die Türkei, zum Beispiel. Gab es da in irgendeiner Weise ein Eintreten?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ole von Beust: Die eins, die zwei der drei Dinge, die ich genannt habe, keine andere, weder in Deutschland noch im Ausland. Die Türkeisache war schon längst von Wirecard beendet, aber das nur am Rande.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wieso ist in dem Schreiben, was an den Herrn Rölller gegangen ist, worüber wir jetzt schon mehrmals geredet haben, wieso ist denn der Herr Langenbrinck da als Ansprechpartner erwähnt und nicht der Herr Frevel?

Zeuge Ole von Beust: Wie gesagt, ich kann es Ihnen nicht sagen. Es ist häufig so, dass, wenn Sie, sagen wir mal einem Abteilungsleiter schreiben, ich glaube Herr Rölller ist Abteilungsleiter, das eine Ebene ist, wo der sagt, ich gebe das so runter auf die Arbeitsebene zum Beantworten. Und das ist im Grunde jetzt keine Statusfrage, aber das ist viel praktischer, wenn Sie den Kontakt machen oder herstellen könnten von Arbeitsebene zu Arbeitsebene. Und das ist der Grund, warum Herr Langenbrinck da angegeben wurde. Also, wenn da der Referatsleiter oder Stellvertreter des Referatsleiter angerufen hätte, angenommen, und sagt, „das Ding gibt es, wir machen das, usw.“, dann wäre das die richtige Ebene gewesen. Aber das ist, aus meiner Sicht, der einzige Grund gewesen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann übergebe ich jetzt an den Kollegen Dr. Michelbach.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte schön, Dr. Michelbach.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr von Beust, wenn ich als Unternehmer einen effizienten Brief schreiben will, ist es also besser, wenn ich mich an Ihr Unternehmen wende. Ist das nicht ein bisschen komisch, dass eine Firma wie Wirecard, DAX-Unternehmen, um einen Brief zu schreiben, sich an eine doch relativ überschaubare Unternehmensbera-

tung wenden muss. Das ist doch in der Verhältnismäßigkeit nicht nachvollziehbar. Es ist doch auch bekannt, dass der Herr Rölller der oberste Berater der Bundeskanzlerin ist. Also, Sie können doch sicher nicht für sich in Anspruch nehmen, dass Sie mal von Herrn Rölller gehört habe. Den kennt eigentlich jeder, dass er unmittelbaren Zugang zur Bundeskanzlerin hat. Vielleicht dazu mal Ihre Stellungnahme.

Zeuge Ole von Beust: Also, wenn ich was von der Bundeskanzlerin gewollt hätte, hätte ich sie selbst angeschrieben, ehrlich gesagt, da brauche ich Herrn Rölller nicht. Und dass ein Unternehmen eine Firma beauftragt, das zu machen – ich kann Ihnen aus meiner Gesamttätigkeit sagen, dass die Sprachlosigkeit, auch zwischen großen Unternehmen und Politik, oder zwischen Politik und großen Unternehmen, teilweise groteske Züge hat. Da sind große Unsicherheiten, auf beiden Seiten. Und das ist der Grund, nehme ich an, warum Wirecard uns gebeten hat, das zu machen. Manchmal wissen die nicht mal, wie man das formuliert. Die können einen Geschäftsbrief schreiben und vielleicht auch eine Rechnung. Aber die Frage, wie man mit der Politik in Kontakt kommt, allein, wer zuständig ist und die Verbalisierung, fällt manchmal Unternehmen schwer. Und das ist der Grund, aber letztendlich müssen Sie Wirecard fragen, warum die uns beauftragt haben und nicht mich, warum ich beauftragt wurde. Ich freue mich ja über Aufträge, zumal damals nicht erkennbar war, dass Betrug in der Dimension passiert ist, wie man hinterher gesehen hat.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr von Beust, war Ihnen bekannt, dass zu dem Zeitpunkt, wo Sie diesen Vertrag mit Wirecard gemacht haben, eigentlich Ihr Mitbewerber Spitzberg und Partners schon im Geschäft war, mit ganz anderen Honorierungen?

Zeuge Ole von Beust: Nein, das habe ich jetzt in der Zeitung gelesen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Sie haben sich als sehr günstig angeboten.

Zeuge Ole von Beust: Ja, im Nachhinein war es zu günstig, ja das stimmt.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Der Wettbewerber hat da ganz andere Zahlen.

Zeuge Ole von Beust: Ja, das habe ich gelesen. Aber ich will jetzt keine Werbung für unser Unternehmen machen, weil ich finde, man soll auch immer nur das anbieten, wo ein gewisses Verhältnis zwischen Leistung und Bezahlung besteht. Aber Ihre Frage, ob ich es gewusst habe – nein, habe ich nicht gewusst. Ich habe es jetzt gelesen, habe auch nicht von Herrn zu Guttenberg gewusst, dass er da irgendwie aktiv war.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Also, Ihr Briefschreiben ist erheblich günstiger wie der Besuch von Herrn Guttenberg bei der Kanzlerin. Dann habe ich das auch zur Kenntnis genommen.

Ich habe jetzt dann auch noch die Frage, inwieweit Ihnen bei einer Auftragsübernahme verschiedene Prüfungen eingefallen sind? Wenn ich ein Unternehmen vertrete, will ich ja auch eine gewisse Vorsorge treffen, dass ich nicht für irgendein Unternehmen tätig werde, das dubios ist, gar bandenmäßigen Betrug durchführt. Das konnte sicher nicht erkannt werden. Aber haben Sie sich mal Gedanken gemacht in der Zeit, immerhin zwei Jahre, dass doch eine Sonderprüfung durch die BaFin veranlasst wurde, dass in der Financial Times erhebliche Anschuldigungen stattgefunden haben, dass es letzten Endes auch im Finanzausschuss des Bundestages erhebliche Diskussionen gab? Das hat Sie nicht interessiert, oder sind Sie darüber hinweg gegangen? Sie haben ja auch einen Namen und einen Ruf zu verlieren.

Zeuge Ole von Beust: Natürlich ist das im eigenen Interesse, niemanden zu beraten oder nach außen zu vertreten, der zweifelhaftes macht, weil das auf einen zurückfällt, ganz klar. Außerdem verbrennt man sich auch die Kontakte. Wenn Sie um ein Gespräch für ein Unternehmen bitten, wo sich herausstellt, dass das Hallodris sind, wird der Gesprächspartner Sie in Zukunft vermutlich nicht mehr ernst nehmen und mit Ihnen reden wollen. Das muss man ja vermeiden in dem Job. Das ist die eine Seite, also vom Grundsatz her ist es so. Auf der anderen Seite erinnere ich mich, dass die Prüfung 2019 nachher zu dem Ergebnis gekommen ist, dass - ich sage es mal aus damaliger Sicht, heute ist man klüger - alles in Ordnung war, und die Kurse gingen auch wieder hoch. Das im Jahre 2020, das habe ich Ihnen erzählt, dass ich Herrn Ley angerufen hatte, der mir aus meiner Sicht sehr glaubwürdig gesagt hat, „das wird sich genauso auflösen wie 2019, ist alles Unsinn“. Bitte verlangen Sie von Unternehmen wie dem meinigen, oder an dem ich Mit-Geschäftsführer war, nicht, dass man größere Prüfungskapazitäten hat als die BaFin oder Wirtschaftsprüfer. Und wenn die die Testate von Wirtschaftsprüfern bekommen und Nachprüfungen ergeben, „2019 ist alles in Ordnung“, plus - bis ins Jahr 2020 - die Politik, die Verantwortlichen gesagt haben, „die müssen jetzt Transparenz walten lassen“, aber nicht gesagt haben, „da brennt die Hütte“, sondern „die müssen jetzt mal Transparenz zeigen, was ist“, dann vertraut man auf die Institutionen, die dafür zuständig sind und man gibt sich selber nicht in die investigative Rolle. Im Nachhinein ist man klüger, da haben Sie völlig Recht. Also, wenn ich das vorher gewusst hätte, aber das ist eine Binsenweisheit, hätte man es nicht gemacht. Aber es war aus meiner Sicht nicht erkennbar, für mich nicht erkennbar.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Sie haben jetzt die Verhandlungen über die Beauftragung geführt, aber es ist doch immer klar, dass der Auftraggeber auch eine gewisse Zielvorgabe macht, was will er erreichen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vielleicht mal diese Frage: Was hat Wirecard durch Ihre Tätigkeit erreichen wollen? Das interessiert uns.

Zeuge Ole von Beust: Dem zugrunde liegenden Vertrag, dem ersten, war das Ziel, die Fachkenntnisse darzustellen, zur Überprüfung von verdächtigen Zahlungsverkehren im Zuge des neuen Glücksspiel-Staatsvertrages, um dann - aber das konnte natürlich durch die Entwicklungen gar nicht mehr stattfinden - bei den Anbietern, die im Zuge neuer Lizenzen für Glücksspiel strengere Bedingungen erhalten müssen, denen anzubieten, zu sagen, diese Bedingungen halten wir ein, können wir einhalten durch die Hilfe von Wirecard. Und gleichzeitig bei der Formulierung dieser Bedingungen der Politik zu sagen, was aus ihrer Sicht alles möglich ist, um diese Algorithmen, oder wie das auch immer technisch funktioniert, unregelmäßige Zahlungsverkehre aufzudecken. Das Ziel war also, sich einen Namen in diesem Bereich zu machen, um dann mittelfristig hinterher damit ein Angebot zu machen.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Und nicht das China-Geschäft, das man angestrebt hat.

Zeuge Ole von Beust: China? Also mit China hatten wir eigentlich überhaupt nichts zu tun. Das war der eine Brief, wo die Bitte war. Aber ansonsten hatten wir mit dem China-Geschäft überhaupt nichts zu tun.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Und bei dem Chinagipfel des Europäischen Rates mit dem Charles Michel sollte ja einen Kontakt hergestellt werden. Haben Sie da auch, zu diesem Brief, weitere Kontakte gepflegt, zum Beispiel mit Vertretern des BMF, der BaFin oder mit irgendwelchen anderen Funktionsträgern?

Zeuge Ole von Beust: Also ich selber nicht. Ich sagte ja, es gab ein Gesprächswunsch an den

Staatssekretär im Finanzministerium, Herrn Kukies, der aber dann letztlich durch die Coronaentwicklung, nichts geworden ist. Ich gucke gerade, was es noch für Dinge gab.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Im Grunde genommen, hat der Sie ja nicht gebraucht.

Zeuge Ole von Beust: Und es gab Fragen an die KfW um eine Podiumsdiskussion in Frankfurt - - von einer Veranstaltung der KfW, ob ein Vertreter von Wirecard daran teilnehmen könnte. Das ist aber versandet, weil das im Mai gewesen wäre, und durch Corona diese Sache versandet ist. Das war so die allgemeine, sagen wir mal, Kontaktpflege.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Der Herr Kukies hat Sie ja im Kontakt mit Wirecard nicht gebraucht. Der ist ja selber nach Aschheim gefahren und hat sich - -

Zeuge Ole von Beust: Was ich aber nicht wusste. Die haben uns gebeten, um einen Kontakt. Oder vielleicht haben wir auch gesagt, das ist ein interessanter Gesprächspartner. Aber dann ist es aber nachher, ich sage mal coronamäßig versandet.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, das war eine Punktlandung. Als nächstes hat das Wort Dr. Florian Toncar für die FDP Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herzlichen Dank. Herr von Beust, ich möchte nochmal eingehen auf Ihren persönlichen Kontakt zu Burkhard Ley. Sie haben zwei persönliche Begegnungen erwähnt, nämlich bei der Mandatsanbahnung im Oktober 2018 sagten Sie, in Aschheim - -

Zeuge Ole von Beust: Ja.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): - - und im Frühjahr 2020, rund um die Gerüchte, wo Sie sich nochmal mit ihm ausgetauscht haben.

Zeuge Ole von Beust: Das war telefonisch.

Dr. Florian Toncar (FDP): Telefonisch, in Ordnung.

Zeuge Ole von Beust: Es gab eine weitere persönliche Begegnung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das wäre meine Frage gewesen, genau.

Zeuge Ole von Beust: Es gab eine weitere, die aber jetzt mit Wirecard nichts zu tun hatte, sondern ich bin selber Beiratsmitglied einer Personalberatung, die heißt Delta. Und diese Personalberatung hatte Herrn Ley selber als Beirat berufen. Und da gab es, ich sage mal, ein Willkommensessen in Hamburg, in einem Lokal - das heißt „clouds“, so mit Tanz und Türme, ist egal - wo wir, ich glaube Anfang 2020 ist es, glaube ich, gewesen, im Januar oder Februar, mit einem oder zwei Geschäftsführern von Delta zu Abend gegessen haben. Aber das hatte nichts mit dem Beratungsmandat Wirecard zu tun, sondern war im Zuge der Beiratstätigkeit für die Personalberatung Delta gewesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank, das ist eine sehr präzise Antwort. Und ich kann nur festhalten, dass das Amt des Ersten Bürgermeisters in Hamburg offenbar auch mit gutem Erinnerungsvermögen sein kann. Aber das hat - - verstehen einige hier, die jetzt lachen, besser als andere. Aber das waren die drei - -

Zeuge Ole von Beust: Ich könnte jetzt frech antworten, wer nichts zu verbergen hat, erinnert sich.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie es auch verstanden, sehr schön. Sie haben also drei Begegnungen mit Herrn Ley gehabt. Gab es noch - Telefonat eingeschlossen, also drei Kontakte mit Herrn Ley gehabt - seitens Wirecard noch andere Personen, die auf der Ebene von Herrn Ley mit Ihrer Firma kommuniziert haben?

Zeuge Ole von Beust: Es war bei dem Gespräch in Aschheim eine Frau mit dabei, deren Namen ich nicht erinnere. Aber unsere Ansprechpartnerin ist dann eine Frau Görres gewesen, eine Juristin, mit der dann mein Kollege Frevel, wie er mir später sagte, Kontakt hatte. Und ich nehme an, dass es die war, aber ich kann es aus der eigenen Erinnerung nicht sagen, aber es war eine Dame dabei, bei dem Gespräch in Aschheim. Aber ansonsten von mir aus nicht, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also Braun, Marsalek, Eichelmann, Matthias, alles nicht, sondern Ley und Görres sind die Namen, die Ihnen da erinnernlich sind. In Ordnung.

Dann gab es ja noch einige andere Kollegen, die in ähnlicher, ich sage mal, Auftragslage wie Sie unterwegs waren, für Wirecard. Hatten Sie irgendwann mal Kenntnis, welche Berater Wirecard in Deutschland noch - - Ich meine, wir haben Herrn Beckstein gehabt, wir haben Herrn Kindler entdeckt, Bayern, wir haben Herrn Fritsche entdeckt - keine Berührungspunkte?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie eigentlich gepitcht in einem Wettbewerb, in einer Ausschreibung für das Mandat 2018?

Zeuge Ole von Beust: Nein. Wie gesagt, die Akquise hat mein Kollege gemacht. Ich glaube, der Kontakt ist zustande gekommen über einen Anwalt, der Wirecard beraten hat, den mein Kollege kannte, weil der an der ganzen Diskussion „Glücksspielstaatsvertrag“ eine Reihe von Mandaten hatte, Mandanten hatte. Und die haben sich kennengelernt, und der hat wohl gesagt, „eigentlich wärt ihr die Richtigen für Wirecard“. Da



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ging es am Anfang um dieses Glücksspielthema, und über den ist dann nachher der Kontakt entstanden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wobei, bei dem Glücksspielthema hat Wirecard natürlich auch eine Historie, und zwar keine nur gute. Wann haben Sie denn von diesen Dingen erfahren?

Zeuge Ole von Beust: Ja. Nein, absolut nicht, haben Sie völlig Recht. Bei dem Gespräch in Aschheim haben wir auch über das Thema diskutiert, und Herr Ley hat ausdrücklich hervorgehoben, dass „Wirecard aus der Phase raus ist“, und „das nie wieder machen wird“. Also, das habe ich wirklich in bester Erinnerung, „nie wieder machen wird“, illegale Anbieter zu vertreten. Sondern, deren Ziel ist es, bei einer möglichen Legalisierung von Anbietern, die bisher nicht zugelassen sind, eben das Thema, was ich schon sagte, ihren Beitrag zu leisten, um die Kontrolle der Zahlungsströme zu gewährleisten. Aber er hat ausdrücklich versichert, dass sie nie mehr etwas machen würden, das würde jetzt ihren Ruf als Bank und Reputation und Moral, und wie auch immer - - Illegaler Anbieter würden sie mit Sicherheit nicht mehr vertreten oder beraten oder Aufträge von denen annehmen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nun, können Sie vielleicht mal beschreiben - nachdem Wirecard ja akquiriert war im Oktober 2018 und das Mandat erweitert wurde 2019 - wie lieferfähig auf der Ebene der Geschäftsführung die laufende Mandatsführung, der Austausch - - Gibt es da regelmäßige Sitzungen, wo Sie alles besprechen? Wie läuft das?

Zeuge Ole von Beust: Also, es läuft generell so, dass wir einmal die Woche, am Freitag, eine Telefonkonferenz machen - auch schon vor Corona, weil die Kollegen auch viel unterwegs sind - mit den Geschäftsführern, den Gesellschaftern und zwei Partnern, also mit fünf Leuten. Und der Gegenstand ist einmal zu berichten, wo ist Neuakquise, um zu gucken, was läuft an Neugeschäft,

und dann natürlich interne Organisationsfragen, und dann die Frage, „gibt es in der Beratung irgendwelche Probleme?“. Also, ganz blödes Beispiel, irgendwo geht etwas völlig schief, man setzt sich für jemanden ein und das geht völlig in die Binsen, kann ja mal was schief gehen, oder jemand ist zahlungssäumig, oder was auch immer, was eben für Probleme sein können, und dann wird darüber gesprochen. Wenn die Mandate aber in der Abwicklung halbwegs normal laufen, ist das kein Gesprächsthema zwischen uns. Dann, ich schätze mal so über den Daumen, ich habe jetzt die genauen Zahlen nicht, aber ich schätze, dass wir irgendwo zwischen 40 und 60 Beratungsmandate haben. Und da geht man nicht alle 60 jede Woche durch, sondern guckt nur ist da ein Problem oder nicht. Und ein Wirecard-Problem - wir haben 2020 einmal diskutiert über die Frage, wo ich dann auch mit Herrn Ley gesprochen habe, „ist das nun brenzlig oder nicht“, jetzt mal lax ausgedrückt. Aber ansonsten gab es in der Abwicklung kein operatives Problem.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was war denn der Grund, dass speziell jetzt Sie Herrn Ley angerufen haben, 2020, um mit ihm darüber zu sprechen?

Zeuge Ole von Beust: Die Berichterstattung überschlug sich, das war das eine. Und zum zweiten hatte ich, die beiden Male, die ich Herrn Ley gesehen hatte, von ihm einen sehr guten Eindruck.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich dachte immer, weil Herr Frevel mehr mit Wirecard zu tun hatte als Sie.

Zeuge Ole von Beust: Ja, aber irgendwie hatte ich das Gefühl, die Firma trägt ja auch meinen Namen, dass man da mit der Reputation vielleicht noch mehr haftet als jemand anders. Und das schien brenzlig zu sein, und wie gesagt, ich hielt eine Menge vom Herrn Ley, weil der aus meiner Sicht, nicht nur ein sympathischer, sondern ein sehr ruhiger, nachdenklicher, überzeugender Mann war, vielleicht auch noch ist. Ich weiß ja



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nun nicht, wie das alles ausgeht. Aber das war der Grund, warum ich ihn gefragt habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hatten Sie das in Ihrem Vertrag so gestaltet, dass Sie einen bestimmten Leistungsumfang, also eine bestimmte Zahl von Kontakten herstellen mussten? Haben Sie jeweils Wirecard Kontakte vorgeschlagen oder haben die gesagt, wir hätten gerne mal da jemanden? Wie war da die Zusammenarbeit?

Zeuge Ole von Beust: Wir waren da ziemlich frei. Also, das Ziel wurde definiert, im politischen Raum - mit dem zweiten Vertrag - Gespräche zu führen, um Wirecard bekannter zu machen. Und da haben meine Kollegen geguckt, wer ist aus deren Sicht besonders interessant. Manchmal habe ich auch welche, hier im Raum, die angeschrieben wurden, die auch zugesagt hatten, aber nachher durch Corona ist es nichts geworden. Das ist auch völlig normal, dass man da mit Abgeordneten spricht und das Wirecard berichtet. Und dann gab es, wie häufig, ein regelmäßiges Reporting, was gemacht wurde und was angestrebt wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. Ich glaube Dr. Michelbach müsste sein Mikro kurz auf off stellen. Wunderbar. Alles gut. Dann hat Herr Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke das Wort.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Entschuldigung.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das wäre sehr schön, aber die SPD hat leider immer noch Vortritt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin noch nicht wieder im Modus drin. Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herr von Beust, um da anzuknüpfen, was der Kollege Toncar gefragt hatte: Hatten Sie mitbekommen, dass Wirecard zwischenzeitlich die Kommunikationsberatung Edelman engagiert hatte?

Zeuge Ole von Beust: Ich nicht, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Weil offenbar hat Herr zu Guttenberg das irgendwie angeleiert. Und Sie hatten auch mit Herrn zu Guttenberg in der Sache nichts zu tun?

Zeuge Ole von Beust: Nein, ewig nicht gesehen, in der Sache nicht, und auch sonst nicht. Wir sind auch keine Kommunikationsagentur, sondern machen Interessenvertretung von Lobby- oder Beratung im öffentlichen Bereich. Aber, wie gesagt, nein. Entschuldigen Sie die lange - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, das heißt auch, mit Herrn Diekmann hatten Sie dazu auch nichts?

Zeuge Ole von Beust: Kai Diekmann?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Kai Diekmann, ja. Okay. Was mich nochmal allgemein interessieren würde: Sie haben eben gesagt, dass Sie nur einmal in Ihrer Geschäftsführungsrunde über Wirecard gesprochen hätten. Gab es ansonsten im Unternehmen Gespräche über die Situation? Weil Sie sagten, es spitze sich zu. Sie haben Herrn Ley geschrieben, und dazu gesagt, „wenn Sie einfach mal nur reden wollen“. Es könnte ja sein, dass man sich da irgendwie mal ausgetauscht hat.

Zeuge Ole von Beust: Nein. Gar nicht weiter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Frau Kollegin Paus hatte Herrn Langenbrinck vorhin gefragt, ob es bei Ihnen im Unternehmen Zuständigkeiten gebe, wer wo Kontakte anbahnt. Herr Langenbrinck



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

macht die SPD, Sie machen die Union, Herr Frevel macht die Grünen. Gibt es so etwas?

Zeuge Ole von Beust: Herrn Langenbrinck weniger, aber dass ich mich um die Union kümmere und Herr Frevel mehr um die Grünen, ist richtig. Es ist nicht ausschließlich so. Wir haben zum Beispiel als Partner und Seniorberater Herrn Vesper bei uns, den ehemaligen Bauminister Nordrhein-Westfalen von den Grünen, der auch gute Kontakte zu den Grünen hat. Wir hatten auch einen Mitarbeiter, der in der FDP engagiert war. Der ist jetzt aber nicht mehr bei uns. Manchmal mischt es sich auch aufgrund von persönlichen Dingen. Es ist nicht nur die Parteizugehörigkeit. Manchmal kenne ich jemanden aus der SPD, den bei den Grünen Herr Frevel nicht kennt oder umgekehrt. Im Prinzip ist es im Groben ein bisschen eine Zuordnung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben sich auch nicht so darüber unterhalten oder es hat Ihnen anscheinend Herr Frevel nicht erzählt, wie die Einschätzung der handelnden Akteure im politischen Raum war.

Zeuge Ole von Beust: Welche Akteure meinen Sie?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Zum Beispiel welche hier im Raum. Herr Hauer und ich seien zugängliche Menschen. Die Posts von Herrn De Masi seien irrelevant. Das hat Herr Frevel an Herrn Ley geschrieben.

Zeuge Ole von Beust: Es mag sein, dass er das bewertet hat. Im zweiten Auftrag war auch die politische Analyse vorgesehen. Ich kann mir vorstellen, dass er eine E-Mail geschrieben hat, wo er die Bewertung seiner Gespräche gemacht hat. Das mag durchaus sein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, er hat immer geschrieben - -

Zeuge Ole von Beust: Ich fürchte, das ist branchenüblich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Man rechnet nicht damit, dass man hier in so einem Setting Textexegese betreibt.

Zeuge Ole von Beust: So schlimm ist sie auch nicht. Ich weiß aber, was Sie meinen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Man ist enttäuscht, wenn man „der Zugängliche“ ist und nicht der - -

Zeuge Ole von Beust: Warum? Damals gab es keinen Grund, nicht zugänglich zu sein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ach, stimmt gar nicht, nicht zugänglich, sondern umgänglich, zugänglich nicht.

Gab es in Ihrem Unternehmen irgendetwas wie „pro bono“? Es gab im April letzten Jahres im Zuge der Coronageschichte mal einen Vorschlag, 250 Euro-Gutscheine, so Helikoptergeld, unter die Welt zu bringen und das irgendwie digital machen zu lassen. Waren Sie involviert?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das war ein Vorschlag der Grünen, die wollten - -

Zeuge Ole von Beust: Nein. Das höre ich zum ersten Mal.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, Sie wissen nichts davon?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann machen wir in der nächsten Runde weiter. Oder nein, dann - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, Frau Kiziltepe, bitte schön.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir hatten bei der letzten Zeugenbefragung Herrn Guttenberg hier. Herr Guttenberg hat gesagt, dass er mit seinem Unternehmen Spitzberg Partners kein Lobbying mache, sondern Beratung. Das trenne er strikt. Seine Verträge umfassten nur beraterrische Leistungen. Die Gespräche, die er auf politischer Ebene führt, würde er pro bono machen.

Zeuge Ole von Beust: Umsonst?

Cansel Kiziltepe (SPD): Trennen Sie das in Ihren Verträgen auch?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also ist alles inklusive?

Zeuge Ole von Beust: Ich bekenne mich dazu, dass wir auch Lobbyarbeit machen, aber nicht nur. Wir sind auch Lobbyisten. Wir sind auch Berater, teilweise auch Vertriebsunterstützer, je nachdem wie der Auftrag ist. Es gibt Firmen, die im öffentlichen Bereich gerne ein Produkt an den Mann oder die Frau bringen wollen. Da machen wir auch Vertriebsunterstützung. Wir machen aber auch Lobbyarbeit. In dem Moment ist Beratung für mich etwas, das ich intern mache. Dort sage ich jemandem, dass ich mich an seiner Stelle so und so verhalten würde. Wenn ich aber im Auftrage dessen nach außen gehe und dessen Interessen vertrete, nicht als Anwalt, sondern als Interessenvertreter, dann ist das Lobbyarbeit. Das finde ich auch nicht schlimm, wenn es anständig und transparent ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Das kann man aus meiner Sicht auch nicht wirklich trennen, zumal wenn man eine Vergangenheit wie Sie oder Herr Guttenberg hat, und diese Kontakte hat, die in diesem Bereich sehr nützlich sein können.

Zeuge Ole von Beust: Es gibt diese Formulierung, dass man das Notiz- oder Adressbuch vergolde. Das ist ein bisschen schlicht. Ich bin seit über zehn Jahren aus der Politik draußen. Wenn es

Ihnen dennoch gelingt, mit Kontakten etwas zu bewirken, dann müssen Sie vorher Präsenz, Kompetenz usw. gezeigt haben. Aus reiner Liebe und Nähe zu einem dankt Ihnen nach zehn Jahren selten jemand etwas.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich möchte auf den Bereich Glücksspiel zurückkommen. Sie hatten gesagt, dass der erste Vertrag sich auf diesen Themenkomplex fokussierte. An welchen gesetzlichen Regelungen war Wirecard besonders interessiert? Was sollte aus Sicht von Wirecard auf politischer Ebene angesprochen werden?

Zeuge Ole von Beust: Wirecard wollte von einer Änderung des Glücksspielstaatsvertrages dahingehend partizipieren, dass bestimmte Angebote, die bislang verboten sind, mit strengen Auflagen erlaubt werden. Man nennt das „Liberalisierung des Glücksspielrechts“. Im Moment ist bis auf Lotto, Toto und einige Zulassungen aus Schleswig-Holstein alles verboten. Es gab die Bestrebung, das Glücksspielvertragsrecht zu ändern, weil viele Spielerinnen und Spieler trotzdem das nicht Genehmigte machen, weil es aus dem Ausland angeboten wird. Das heißt, dass das Verbot umgangen wird. Da gab es die Überlegung: Wie kann man das kanalisieren? Indem man unter strengen Auflagen Dinge zulässt, die bis jetzt verboten waren. Eine dieser strengen Auflagen war, eine Überwachung der Zahlung an die Anbieter von Glücksspiel, um zu verhindern, dass Kinder daran teilnehmen oder Spielsucht unterstützt wird. Wirecard wollte an einer solchen Liberalisierung indirekt partizipieren, weil sie dann ihre Dienstleistungen anbieten wollten, von denen sie meinen, dass sie ein Produkt haben, um Missbrauch, der von der neuen Regelung verboten wird, bekämpfen zu können. Das war keine konkrete Gesetzesvorschrift, also § XY Glücksspielstaatsvertrag. Das war der allgemeine Wunsch, von einer Liberalisierung und der damit verbundenen stärkeren Kontrolle ökonomisch zu partizipieren.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Würden Sie im Nachhinein sagen, dass das wirklich das Ziel von Wirecard war?

Zeuge Ole von Beust: Ja. Es ist so, dass die Glücksspielaufsicht bislang sehr schlecht organisiert war und wenig Durchgriffsrechte hatte. Jetzt gibt es einen neuen Glücksspielstaatsvertrag, der unter strengen Auflagen bisher verbotenen Anbietern erlaubt, anzubieten. Und diese Auflagen müssen streng kontrolliert werden. Und hier - wenn jemand Kenntnisse hat, wie diese Kontrolle von Zahlungsverkehren wirksam stattfinden kann - zu sagen, „den binde ich ein“, finde ich vom Grundsatz her nicht falsch. Bislang war der Staat auch überfordert, das zu tun. Es gab jetzt schon Verbote, die der Staat kaum durchsetzen konnte. Darum finde ich die Absicht als solche nicht falsch.

Cansel Kiziltepe (SPD): Kennen Sie Herrn Hambach? Und wenn ja, in welcher Beziehung standen oder stehen Sie zu ihm?

Zeuge Ole von Beust: Ich kenne ihn. Herr Hambach ist Rechtsanwalt, und wo Sie das jetzt sagen: das war derjenige - - Aber es gibt Brüder, der eine heißt Wolf oder Wulff Hambach, der hat uns den Zugang zu Wirecard ermöglicht. Ich hatte ja vorhin erzählt, dass ein Anwalt ein Bekannter meines Kollegen war, der uns den Zugang ermöglicht hat. Das war in der Tat Herr Hambach.

Cansel Kiziltepe (SPD): Hatte Herr Hambach oder sein Unternehmen auch einen Lobbyvertrag mit Wirecard?

Zeuge Ole von Beust: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Die Anwaltstätigkeit ist teilweise auch Lobbytätigkeit, nur etwas vornehmer umschrieben und mit Schweigepflicht verbunden. Die Gestaltung kenne ich nicht. Herr Hambach ist auch bei dem Gespräch mit Wirecard, also Herrn Ley, in München dabei gewesen, an dem ich auch teilgenommen habe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Burkhard Ley hat im September 2019 Gespräche mit drei Vertretern der Grünen zum Thema Glücksspiel geführt. Haben Sie daran teilgenommen?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wer hat daran teilgenommen?

Zeuge Ole von Beust: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben gesagt, dass Sie mit dem Mandat Wirecard nicht so sehr wie Ihr Kollege, Herr Frevel, befasst waren. Am 29. April schrieben Sie an Burkhard Ley eine E-Mail und haben aufgrund der Berichterstattung Unterstützung angeboten. Ist das richtig?

Zeuge Ole von Beust: Ich erinnere mich nicht. Das kann aber sein. Ich erinnere mich aber nicht an die E-Mail.

Cansel Kiziltepe (SPD): Da schreiben Sie:

Lieber Herr Ley,
die Berichterstattung über Wirecard ist gerade etwas misslich. Wenn ich irgendwie behilflich sein kann, lassen Sie es mich gerne wissen, auch wenn Sie sich gegebenenfalls nur einmal etwas austauschen möchten. (?)

Zeuge Ole von Beust: Ja, das ist mein Stil.

Cansel Kiziltepe (SPD): Gab es dann einen Rückruf oder einen Anruf?

Zeuge Ole von Beust: Ich habe ihn später selber angerufen, nach diesem KPMG-Bericht. Ich glaube, dass er sich nicht gemeldet hat. Ich habe ihn persönlich sehr geschätzt. Mir tat er leid, weil ich ihn als angenehmen und anständigen Menschen empfunden habe, wo ich dachte, dass



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

man manchmal in Drucksituationen - das kennen Sie in der Politik vielleicht auch - einfach nur quatschen möchte. Das habe ich ihm angeboten. Wenn Sie so wollen, pro bono, da passt das.

Cansel Kiziltepe (SPD): Er hat auch zurückgeantwortet, ob er Sie dazu morgen anrufen könne und welche Zeit Ihnen passen würde. Dann rief er wohl auch an und hat Sie nicht erreicht.

Zeuge Ole von Beust: Das kann das Telefonat sein, das ich dann zurückgerufen hatte. Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Das kann die Initiierung des Telefonates gewesen sein, von dem ich vorhin gesprochen hatte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Dann hat das Wort der Kollege Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Moin, Herr von Beust. Ich würde Sie darum bitten, dass Sie Herrn Frevel ausrichten, dass es ganz frevelhaft ist, dass meine Tweets irrelevant seien. Die sind sehr marktrelevant. Das hat auch die Warburg Bank dadurch erfahren, in Hamburg.

Aber, Spaß beiseite: Sie haben das Gespräch in Aschheim dargestellt. Wenn ich es richtig erinnere, haben Sie gesagt, dass es 2018 gewesen sei. Korrekt?

Zeuge Ole von Beust: Ja, Oktober 2018. Ich habe nachgeguckt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Hat Herr Ley in dem Gespräch dargestellt, dass man früher auch mit illegalen Anbietern zusammengearbeitet habe?

Zeuge Ole von Beust: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ich erinnere mich, dass - - Als ich für Hamburg im September 2017 in den Bundestag gewählt wurde, kamen gerade die Paradise Papers raus. Da war auch die Wire-

card Bank. Es gab ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren. Das wurde später eingestellt, wenn ich richtig informiert bin. Es soll jetzt wieder neu aufgerollt worden sein. Das niedersächsische Innenministerium hat die Geldwäscheaufsicht geführt. Die haben auch nicht durchgegriffen. Deswegen fand ich das bemerkenswert. Er hat also offen eingeräumt, dass er Illegales gemacht hat?

Zeuge Ole von Beust: Ich erinnere die Paradise Papers nicht. In Deutschland war bis auf Lotto und Toto aber jedes Glücksspiel illegal. Das war rechtlich umstritten, weil die Anbieter behauptet haben, dass sie eine Zulassung auf Malta hätten, das EU oder England wäre und sie darum im Zuge der Warenfreiheit die Dienstleistung in Deutschland anbieten. Nach dem deutschen Recht war es aber unzulässig. Dass Wirecard daran beteiligt war, hatte mit den Paradise Papers nichts zu tun. Die Aussage, dass man mit illegalem Glücksspiel nichts zu tun haben wolle, war die Diskussion 2018 und bezog sich mehr auf den Zeitpunkt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ihre Agentur hatte sich aber nicht damit befasst, dass diese staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen anhängig sind oder waren?

Zeuge Ole von Beust: Anwaltlich habe ich Wirecard nie vertreten.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie haben ausgeführt, dass man Interesse hatte, bei den Corona-Hilfen die Integritätsprüfung zu machen. Das haben die für Bayern gemacht. Hat in Ihren Gesprächen eine Rolle gespielt, ob man das auch in Hamburg machen könne? Die waren schon so gut in Bayern unterwegs.

Zeuge Ole von Beust: Ich glaube nicht. Ich erinnere die Schreiben nicht mehr.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Herr Langenbrinck hat vorhin dargestellt, dass Sie die Geschäftsbeziehungen im Juni gekappt hatten. Das ist zutreffend?

Zeuge Ole von Beust: Ich glaube, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie haben aber schon im April keine Zahlung mehr erhalten. War da erstmal Ihr Mahnwesen aktiv oder haben Sie auch schon - -

Zeuge Ole von Beust: Es kommt häufiger vor, dass Kunden nicht zahlen. Wenn man die für gute Kunden hält, dann mahnt man die nicht, sondern geht davon aus, dass es noch kommen werde, weil man ansonsten die Stimmung etwas vergiftet. Wenn jemand immer bezahlt hat und jetzt mal nicht zahlt, schickt man nicht sofort eine Mahnung.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber Sie haben damals schon die Veröffentlichung des KPMG-Berichtes wahrgenommen?

Zeuge Ole von Beust: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Haben Sie sich in dem Moment gefragt, ob da noch alles gut ist?

Zeuge Ole von Beust: Nein, ich haben Ihnen gesagt, dass ich mit Herrn Ley telefonierte hatte und hoffte, es würde gut werden.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Haben Sie dann Erkundungen im politischen Raum eingeholt? Dass Sie gefragt haben, „habt ihr da Informationen, was mit dem Unternehmen los ist“?

Zeuge Ole von Beust: Das habe ich nicht. Jeder hat seine eigene Erfahrung. Ich habe die Erfahrung, wenn Sie im politischen Raum auf informativer Ebene Erkundungen einholen, hören Sie über sehr viele Leute nur Schlechtes. Wenn Sie das zur Grundlage Ihres Handelns nehmen, sind Sie irgendwann sehr einsam.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das ist eine interessante Aussage. Man hat sich vorher in der Bundesregierung offensichtlich sehr viel Gutes über Wirecard erzählt.

Zeuge Ole von Beust: Ja. Sie hatten aber gefragt, ob ich Informationen auf politischer Ebene eingeholt habe. Das können ja nur informative sein; ich habe ja keinen Zugang zu irgendwelchen Behörden. Und nach meinen Erkenntnissen sind – wenn dann erst mal eine Lawine los geht - - Es war ja hier nicht Tratsch und Klatsch; das weiß ich im Nachhinein auch. Sowas ist aber immer enorm von Boshaftigkeit gefährdet. Das bringt erfahrungsgemäß wenig, irgendwelche Erkundungen einzuziehen. Und bei Behörden habe ich keinen Zugang; ich bin ja nicht mehr Bürgermeister.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie haben vorhin die Hamburger Investitionsbank erwähnt. Die hat sich gar nicht zurückgemeldet.

Zeuge Ole von Beust: Ja, ich glaube, dass es so war. Ich kann Ihnen nicht mal mehr sagen, ob ich sie angeschrieben habe oder mein Partner, Dr. Hill, der mal lange Staatssekretär, oder wie es in Hamburg heißt Staatsrat, war. Es war einer von uns beiden. Ich glaube, dass die sich nicht gemeldet haben; zumindest gab es keine vertiefte Geschichte. Das ist meine Erinnerung. Vielleicht ist diese aber auch falsch. Es ist zumindest zu nichts gekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Als Sie den Brief aufgesetzt haben, war Ihnen näher bekannt, welches Interesse in China besonders im Vordergrund stand?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie hatten nur den Auftrag, die Gipfelagenda in Erfahrung zu bringen?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ole von Beust: Ja. Der Auftrag war, herauszufinden, ob dort Unternehmen überhaupt Möglichkeiten haben, sich zu präsentieren. Gibt es da Arbeitskreise, Info-Tische oder sowas? Wo auch Unternehmensvertreter eingeladen werden, zum Beispiel Panels usw. Wirecard hätte Interesse gehabt, daran teilzunehmen. Das hat mir Herr Frevel so erzählt. Aber das war ja erst mal das „ob“, also gibt es das und was macht Deutschland. Dann ging es um die Frage des „wie“. Aber da das „ob“ schon gar nichts war, sondern die Zuständigkeit woanders war, haben wir es nicht mehr weiter verfolgt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Und hat - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die Zeit ist um. Für alles andere gibt es noch eine weitere Runde. Und das Wort hat Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Herr Vorsitzender. Guten Abend Herr von Beust, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen.

Zeuge Ole von Beust: Ich muss ja. Aber ich komme auch gerne.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind auch andere hier schon nicht erschienen. Oder haben auf medizinische Dinge verwiesen, oder saßen in der JVA. Es gab unterschiedlichste Gründe; das ist hier kein Normalfall, im Untersuchungsausschuss - -

Nichtsdestotrotz, Sie haben Herrn Ley angesprochen. In welcher formalen Rolle haben Sie ihn wahrgenommen? Er war ehemals Finanzvorstand, aber in der Zeit, in der Sie mit Ihm zu tun hatten - -

Zeuge Ole von Beust: Ich hatte den Eindruck, er war ein wenig Senior Berater, also er ist nicht im operativen Geschäft, aber Wirecard war so ein bisschen „sein Baby“. Es ist ja unter seiner Zeit

größer geworden. Und er schwebte so ein bisschen darüber, als - ohne juristische Funktion - aber als Ehemaliger, der aber Wirecard noch berät.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo Herr De Masi herkommt, würde man wahrscheinlich Consigliere sagen.

Zeuge Ole von Beust: Ja, oder graue Eminenz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also schon ein politischer Berater. Oder wollte er es werden? War er mit politischen Aufgaben maßgeblich betraut?

Zeuge Ole von Beust: Er interessierte sich sehr für Politik. Wir haben, als wir uns dort getroffen haben und auch bei dem Essen mit Delta, aber das hatte mit Wirecard nichts zu tun, sehr viel über Politik geredet. Ihn haben Gesellschaft, Politik und Entwicklung interessiert. Er war ein politischer Mensch. Ich hatte mehr das Gefühl, dass er über dem Tagesgeschäft gesellschaftlich-strategische Dinge mit einbringt, von seinen Erfahrungen und den Gesprächen, nicht nur Politik, sondern auch gesellschaftlich Entwicklung und ähnliche Dinge.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte ihn im September 2019 getroffen und hatte einen ähnlichen Eindruck, wie Sie das geschildert haben. Ich hatte aber auch den Eindruck, dass er, wenn man ihn auf die kritische Berichterstattung angesprochen hat, nicht sonderlich gesprächig war, sondern eher darauf verwiesen hat, dass sich alles zum Guten aufklären werde. Es sei das Übliche, das Unternehmen wächst schnell und man komme mit der Compliance nicht hinterher. Wenn Sie es kritisch hinterfragen: War diese Aussage in der Rückschau authentisch? Ich nehme an, dass er Ihnen etwas Ähnliches gesagt hat.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ole von Beust: Ich fand es in dem Moment authentisch, hinterher kann man zweifeln. In dem Moment fand ich es authentisch.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Rückschau hat mich stutzig gemacht, dass er gar nicht über Wirecard sprechen wollte, sondern über die Fusion der Commerzbank und der Deutschen Bank. Wir haben nur zehn Minuten miteinander gesprochen. Daran war er sehr interessiert. Heute lässt es sich ein bisschen besser einordnen, da es mit Blick auf die Deutsche Bank Übernahmefantasien Wirecards gab. War das jemals bei Ihnen Thema?

Zeuge Ole von Beust: Nein. Ich habe es hinterher gelesen. Es war aber nie Thema.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es im Laufe der Zeit, Sie haben die kritische Berichterstattung selbst erwähnt, Gespräche, dass Sie dieses Mandat möglicherweise beenden? Oder gab es rote Linien? Wurde das unter den Geschäftsführern diskutiert?

Zeuge Ole von Beust: Letztlich erst in dem Moment, als klar war, dass aufgrund von vermutlich betrügerischer Machenschaften die Insolvenz eintritt. Dann haben wir es gekündigt. Wir waren vorher nicht klüger als die BaFin oder als die Wirtschaftsprüfer.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist völlig legitim. Wie funktioniert es beim Onboarding eines Mandanten bei Ihnen? Machen Sie es unabhängig von Wirecard, weil Sie sagten ja, das ging über den Anwalt und über Herrn Frevel. Deswegen haben Sie da möglicherweise nicht so viel Einsicht. Wenn Sie sich dafür entscheiden, einen Mandanten aufzunehmen: Was sind dann die Kriterien, die Sie vorher für sich nach innen gerichtet anschauen oder zurechtlegen, sodass Sie sagen, dass Sie es machen oder möglicherweise auch nicht?

Zeuge Ole von Beust: Wir haben den Grundsatz, dass wir mit Zigaretten, Alkohol und Waffen nichts machen. Das klingt banal, es gibt aber viele Anbieter, die an dem Thema durchaus Interesse haben. Wir machen das nicht. Wir nehmen die allgemein zugänglichen Quellen, also man googelt und schaut, was berichtet wird und wo ein Risiko liegen könnte. Dann trifft man die Entscheidung, ob man es macht oder nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagten Sie? Waffen? Prostitution?

Zeuge Ole von Beust: Prostitution auch nicht, aber das war nicht dabei. Da gab es auch schon mal eine Anfrage. Waffen, Alkohol und Zigaretten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glücksspiel stand nie auf der Liste? Oder hat man das möglicherweise für Wirecard von der Liste genommen?

Zeuge Ole von Beust: Nein, gar nicht. Wir haben lange darüber diskutiert, auch aus dem Grund, weil wir früher, also vor ein paar Jahren, ein Beratungsmandat für den Deutschen Lotto und Toto-Block hatten, also wenn Sie so wollen, die andere Seite des Glücksspiels. Und dann mit dem Eintritt des Gesellschafters, der Aufträge von privaten Glücksspielanbietern hatte, das Lotto- und Toto-Mandat beendet haben. Und gleichzeitig aber gesagt haben, der Beratungsgegenstand, das Beratungsziel ist, eine Liberalisierung mit einer strengen Kontrolle zu erreichen, um den Missbrauch zu unterbinden und wirksame Kontrollen in dem Glücksspielstaatsvertrag zu fordern. Das heißt nicht: „Ihr Kinderlein kommet, alles wird frei.“, sondern auch lobbyieren in die Richtung, auch bei Landesregierungen zu sagen, dass wir eine Liberalisierung wollen und wir auch Kunden vertreten, die diese fordern, aber mit starker Kontrolle in den Bereichen Jugendschutz, Verbraucherschutz, Spielesucht usw. Das war immer die Ansage. Das war eine Gradwanderung; da gebe ich Ihnen Recht. Wir haben gesagt,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

dass wir das machen, nicht die totale Liberalisierung, sondern eine mit strengen Einschränkungen. Wir sind mit dem Ergebnis, was die Länder als neuen Glücksspielstaatsvertrag vereinbart haben, auch zufrieden. Wir meinen, dass genau das, was wir uns gewünscht haben, eingetreten ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das Leerverkaufsverbot bei Ihnen in Ihrem Beratungsmandat mal ein Thema?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Sie vorhin einen Kollegen, einen Anwalt, angesprochen hatten, hatte ich erst an Herrn Stahl gedacht. Das ist aber eine ganz andere Person. Sagt Ihnen der Name Stahl im Kontext Wirecard etwas? Das war auch ein Zeuge, den wir hier hatten.

Zeuge Ole von Beust: Er war Anwalt bei anderen Prozessen. Der Name Stahl in Bezug auf Wirecard sagt mir nichts.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage zum P1 und zur Prinzregenstraße überlasse ich Ihrem Hamburger Kollegen. Der ist da kompetenter.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich würde interessieren, ob die Vergütung, die Sie als Unternehmen mit Wirecard vereinbart haben, marktüblich war. Stand den anfangs 5 000 Euro eine Stundenanzahl gegenüber? Was genau war das Leistungsspektrum, das man erwarten konnte?

Zeuge Ole von Beust: Es ist sehr unterschiedlich. Es gibt Kollegen, die nach Stunden abrechnen. Das machen wir im Regelfall nicht, weil wir sagen, dass wir Erfahrung durch das Netzwerk verkaufen. Das kann man nicht nach Stunden abrechnen. Das war eine Daumenschätzung, wie

groß der Arbeitsaufwand ist und was es an Kontakten und Gesprächen erfordert. Dann legen Sie über den Daumen eine Summe fest. Normalerweise ist es so, dass man nach einem Jahr sagt, dass man von beiden Seiten guckt, ob das zu viel war, weil man viel weniger gemacht hat, als dass es noch zu rechtfertigen wäre. Oder man sagt, dass es zu wenig war, weil der Aufwand viel höher als gedacht war. Dann erhöht oder senkt man die Summen. Das ist ein Daumenwert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn ich das in Relation zu der Größe des Unternehmens, das anfragt und auch an Anfragen kommen könnte, ist das kein überbordender Betrag. So würde ich es vorsichtig ausdrücken.

Zeuge Ole von Beust: Ich will Ihnen kein kaufmännisches oder kalkulatorisches Geheimnis verraten. Ich habe die Erfahrung, dass es gut ist, auch mit großen Unternehmen relativ klein anzufangen und dann zu hoffen, dass es im Laufe der Zeit vielleicht mehr wird. Nicht nur bei Wirecard, sondern grundsätzlich. Wenn man gleich mit einer großen Summe reingeht, verschreckt man die Leute und kriegt den Kunden nicht, wenn man den Kunden gerne haben möchte. Damals war er noch lukrativ.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das hat dann ja auch geklappt.

Zeuge Ole von Beust: Ja, das hat dann auch geklappt. Jetzt sitze ich fröhlich hier. Aus meiner Sicht ist es nicht gut, gleich mit einer riesigen Summe anzufangen, sondern das auch zu entwickeln, je nachdem wie es läuft.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Bei dieser Vertragserweiterung im November 2019 war ein Punkt, dass das Geschäftsmodell bekannter gemacht werden sollte. Wenn Sie es heute aus der Rückschau sehen: Was war da der Ansatz? Warum wollte Wirecard im November 2019, dass das Geschäftsmodell bekannter wird?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ole von Beust: Die hatten ja vor – das sah jedenfalls so aus - langfristig erfolgreich zu bleiben. Jeder hat eine Vorstellung, was eine Sparkasse macht, oder ungefähr eine Vorstellung, was die Deutsche Bank macht. Was Wirecard macht, war für viele völlig unbekannt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Man könnte sagen, dass es auch besser war, dass es unbekannt war. Ansonsten hätte man auf verschiedenen Ebenen vielleicht früher reagiert.

Zeuge Ole von Beust: Auch die, denen es bekannt war, haben nicht bemerkt, dass da Risiken waren. Einige schon, einige haben ja auch getwittert. Aber unabhängig davon war allgemein nicht das Misstrauen da, dass da irgendwas schief läuft. Die wollten, dass das Geschäftsmodell bekannt wird. Ich glaube, es generell auch so - das ist etwas, das wir nicht nur Wirecard, sondern auch anderen sagen -: Es ist klug, bevor Gefahr droht, ein Netzwerk zu haben, wo man mit Leuten redet, informieren und erklären kann, hören kann, was los ist und nicht erst dann zu kommen, wenn aus Sicht des Unternehmens eine Maßnahme bevorsteht, die unglücklich ist. Darum raten wir allen Kunden, ein Netzwerk zu einem Zeitpunkt zu bilden, an dem es noch gut aussieht. Damals sah es noch gut aus. Dann haben Sie Leute, mit denen Sie reden können, erfahren, wie die Lage ist, Informationen erhalten und Sie auch ihre Meinung loswerden können. Sie sollten nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist. Das ist eine grundsätzliche Beratungsstrategie, die wir allen Kunden vorschlagen. Manche kommen erst, wenn es zu spät ist. Dann ist es eben zu spät.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hans Michelbach.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr von Beust, auf Ihrer Homepage schreiben Sie „individuelle Strategie, Kommunikations- und Wirtschaftsberatung für Unternehmen, Verbände und Körperschaften“. Da heißt es weiter: „Die Beratungsgesellschaft hilft ihren

Mandanten, sich im politischen und wirtschaftlichen Raum zu positionieren und ihre Anliegen nachhaltig zu kommunizieren.“ Das ist ein breites Angebot. Deswegen verstehe ich nicht, dass Wirecard, so wie Sie es sagen, nicht auch einen Zugang über das, was Sie getan haben, verlangt hat, also Kontakt zur Bundesregierung, zum BMF und vielleicht auch zur Börse. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass Wirecard nie bei der Deutschen Börse geprüft wurde. Sie sind da irgendwie ohne jegliche Prüfung reingerutscht. Die müssen immer Interesse gehabt haben, ihr Feld zu bestellen. Ist da wirklich keine sonstige Leistung, über das, was Sie uns heute vorgetragen haben, durchgeführt worden?

Zeuge Ole von Beust: Der Kontakt zur Politik im weitesten Sinne, zu Abgeordneten, aber auch zu Staatssekretären - vorher war Glücksspiel auf Landesebene für Landespolitik - auch zu Staatssekretären oder Staatskanzleien wurde gesucht und teilweise auch gefunden. Diese sind für Glücksspiel zuständig. Darüber hinaus war keine weitere Beauftragung da, zum Beispiel bei der Börse oder kommunikativ gegenüber der Presse. Warum das relativ restriktiv gemacht wurde, kann ich Ihnen nicht sagen. Da würde ich Wirecard fragen. Ich weiß es nicht.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Die geben uns keine Antwort.

Zeuge Ole von Beust: Ich weiß es wirklich nicht. Ich weiß nicht, was Auftraggeber reitet. Wenn die sagen, dass die das möchten und wir sagen, dass wir das können, dann frage ich nicht, warum sie noch mehr möchten. Das wäre ein bisschen klebrig. Ich gebe ihnen das, was sie wollen. Wir haben nicht mehr gemacht.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gab es zu dem Staatssekretär Dr. Kulkies irgendwelche Kontakte?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ole von Beust: Mit ihm wurde ein Gesprächstermin vereinbart. Ich habe das nicht gemacht. Ich habe das hinterher gehört. Es gab eine Gesprächsanfrage an ihn, sogar eine Zusage, das Gespräch mit Herrn Ley zu führen. Das wurde wegen Corona abgesagt. Es gab auch eine Gesprächsanfrage an Staatssekretär Nußbaum. Er hatte kein Interesse an einem Gespräch.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach
(CDU/CSU): Zu welchem Zeitpunkt war das?

Zeuge Ole von Beust: Das muss Anfang 2020 gewesen sein. Der erste Vertrag hat das nicht abgedeckt. Das war schätzungsweise im Januar/Februar 2020. Ich kann es Ihnen aber nicht genau sagen, weil ich es auch nicht organisiert habe.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach
(CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe auch keine weiteren Fragen, und ich glaube, wir sind schon sehr stark wieder, auch im Fragen. Wir haben uns ja da schon im Vorfeld darauf - - Da bitte ich alle, in sich zu gehen, die eher schon in Mutmaßungen und andere Dinge gehen. Und ich gehe jetzt mit gutem Beispiel voran und habe keine Fragen. Das heißt, ich schaue jetzt zu den Kollegen der SPD – bitte schön, Frau Kiziltepe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank. Ich wollte nochmal meine Standardfrage stellen, ob Sie jemals Wirecard-Aktien besessen haben?

Zeuge Ole von Beust: Ja, ich habe für 5 000 €, ich glaube Anfang 2019, Aktien gekauft.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und dann verkauft oder?

Zeuge Ole von Beust: Nein, schön wäre es.

Cansel Kiziltepe (SPD): Verlust, Null?

Zeuge Ole von Beust: Na klar, die Frage ist ja berechtigt. Nein, ich habe die gekauft zu einem

Kurs von 118 €, und hatte mir vorgenommen, wenn sie bei 160 € ist, sie dann zu verkaufen. Nebenbei ist das das erste Mal in meinem Leben, dass ich eine einzelne Aktie gekauft habe. Sonst habe ich - ich bin eh kein Aktienmensch - ich habe sonst mit Fonds oder ETF so ein bisschen gemacht, aber wenig. Und dann waren die bei 157 €, habe ich gesagt, „prima, in zwei bis drei Tagen kann ich die verkaufen“ und dann rauschte der Kram runter.

Cansel Kiziltepe (SPD): So ist das mit dem Glücksspiel, Herr von Beust.

Zeuge Ole von Beust: Manchmal gewinnt man auch, so ist es nicht.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach
(CDU/CSU): Kann nur am Berater gelegen haben.

Zeuge Ole von Beust: Wie bitte?

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach
(CDU/CSU): Kann nur am Berater gelegen haben.

Zeuge Ole von Beust: Ich bin ja kein Börsenberater.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich wollte Sie auch nochmal fragen, wie hoch eigentlich Ihre Vergütung war und welche Form die Vergütung hatte?

Zeuge Ole von Beust: Das habe ich vorhin schon beantwortet.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ach so.

Zeuge Ole von Beust: Also der erste Vertrag 5 000 € monatlich, der zweite 7 500 €.

Cansel Kiziltepe (SPD): Da war ich wahrscheinlich hier in meinen Akten, Entschuldigung.

Zeuge Ole von Beust: Da haben Sie sich die Kurse heimlich angeguckt.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Es gab ja auch sonst Gratifikationen bei Wirecard, zum Beispiel eine Einladung zum Wiener Opernball oder so. Wurden Sie zum Wiener Opernball eingeladen?

Zeuge Ole von Beust: Nein, wenn ich eingeladen worden wäre, wäre ich auch nicht hingegangen, weil ich Bälle überhaupt nicht mag. Aber es gab auch keine.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie wurden nicht, wie Herr Guttenberg, zum Wiener Opernball eingeladen?

Zeuge Ole von Beust: Nein, wir suchten ja auch nicht gesellschaftliche Nähe, sondern wollten beraten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank.

Zeuge Ole von Beust: Auch nicht Oktoberfest.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann möchte ich nochmal auf Herrn Hambach zurückkommen, vorhin hat die Zeit nicht ganz gereicht dafür. Ich hatte Sie ja gefragt, in welcher Beziehung Sie zu Herrn Hambach stehen. In einer E-Mail, die mir vorliegt, die ist von Herrn Hambach an Burkhard Ley und Frau - - Ja genau, da steht, dass Sie auf einem Treffen des Wirtschaftsrats der CDU berichten werden oder ein Update geben werden, zum Glücksspielvertrag. Kennen Sie dieses Treffen? Das hat am 21. November 2018 stattgefunden. Wirtschaftsrat der CDU, Bundesarbeitsgruppe Glücksspiel-Staatsvertrag mit hochrangigen, politischen Vertretern?

Zeuge Ole von Beust: Nein, da war ich auch weder in einer Arbeitsgruppe - - Und ich war auch mal, bis vor einem Jahr, Mitglied des Bundesvorstandes des Wirtschaftsrates. Aber ich habe weder über Glücksspiel gesprochen noch teilgenommen an Sitzungen, die über Glücksspiel waren.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Also, wer auf dieser Veranstaltung alles referiert hat, zum Beispiel

der Chef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, aber auch Wolfgang Klement als Bundeswirtschaftsminister a. D., Herr Arp, parlamentarischer Geschäftsführer CDU Schleswig-Holstein, Professor Sensburg, CDU, glaube ich, und viele andere. Aber Sie waren offenbar nicht bei diesem Termin.

Zeuge Ole von Beust: Nein, wobei das, wenn ich das sagen darf, nicht eindeutig CDU war, sondern es gab auch Interessen beim Wirtschaftsforum der SPD, wo der Staatssekretär der Landesregierung Rheinland-Pfalz, der Chef der Staatskanzlei Referent war, und Herr Ley und jemand anders auch daran teilgenommen hat.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, man braucht ja auch verschiedene Parteien. Ich wollte auch nochmal fragen, im Rahmen Ihres Lobbyings zum Staatsvertrag Glücksspiel, wen Sie da so kontaktiert haben: Hatten Sie Kontakt zu Wolfgang Klement?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Konkret zu Professor Sensburg?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Herrn Leminski?

Zeuge Ole von Beust: Nein, also vielleicht mein Kollege, aber ich nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, ihr Kollege ist ja nicht hier, gerade.

Zeuge Ole von Beust: Wir haben auch, wenn ich das sagen darf, ich hatte ja vorhin gesagt, dass wir, mein Kollege, mein anderer Gesellschafterkollege und ich, Lotto und Toto beraten hatten, und haben auch intern gesagt, aufgrund dieser Beratung machen wir uns zum Thema Glücksspiel sehr rar. Einfach weil das, wir fühlten uns da immer sehr verbunden, das war ein toller Auftrag, und wenn man da, sozusagen die Seiten



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wechselt, ist das persönlich schwierig. Und darum haben wir uns persönlich da sehr zurückgehalten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie wissen auch von keinem Gespräch und Sie haben auch selber keine Gespräche mit den genannten, aber auch mit Herrn Kubicki oder Herrn Arp geführt?

Zeuge Ole von Beust: Mit Herrn Arp würde ich es nicht ausschließen - weil ich mit ihm ein völlig anderes Thema hatte -, dass wir am Rande vielleicht auch mal über Glücksspiel gesprochen haben. Das kann ich nicht ausschließen. Aber mein Hauptkontakt zu Herrn Arp war für einen Kunden von uns, der sich beworben hat, Ausschreibung Schleswig-Holstein, da 50 Lokomotiven zu senden. Und da war Herr Arp mit zuständig bei der Koordinierung Land – und das war dort unser Auftrag. Aber jetzt will ich nicht ausschließen, dass wir da über Glücksspiel gesprochen haben, aber höchstens am Rande.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr von Beust.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, das sind sieben Minuten Gutschrift. Dann schaue ich zum Kollegen Toncar für die FDP Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich möchte nochmal nachfragen, weil ja die Termine, die über Ihre Firma angefragt worden sind, mit den ganz unterschiedlichen Gesprächspartnern, in der Regel wahrgenommen werden sollten von Herrn Ley in Begleitung von Herrn von Knoop. Was eigentlich da der Grund dafür ist, dass der aktive Finanzvorstand da immer dabei ist? Das war ja so ein Duo, das da immer aufmarschiert ist, immer das selbe.

Zeuge Ole von Beust: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Und ich kenne auch Herrn von Knoop nicht. Und ich habe ja die meisten Termine auch gar nicht selber angefragt, darum kann ich es Ihnen nicht sagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, okay. Sie haben ein Stück weit in die Richtung schon geantwortet, aber ich will nochmal ganz präzise nachfragen: Gab es für Sie auch den Auftrag, zu Nichtregierungsstellen, Investoren, Analysten, Medien Kontakt aufzunehmen für Wirecard?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. Der Brief an Herrn Brinkhaus, der bei Herrn Jung landete: War das ein Brief des Inhalts, dass ein Gespräch gewünscht ist?

Zeuge Ole von Beust: Ja, das war im Zuge des allgemeinen Wunsches, Gespräche zu führen, sich bekannter zu machen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gelegenheit das Unternehmen vorzustellen, usw.

Zeuge Ole von Beust: Ja, genau, und Herr Brinkhaus hat an Herrn Jung verwiesen. Und den habe ich auch angeschrieben, aber ich glaube, er hat nicht geantwortet. Das war alles zu Beginn der Coronazeit, wo ja ohnehin so ein bisschen terminliche Schwierigkeiten herrschten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Dr. Toncar. Dann hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr von Beust, können Sie sich erklären, wie die von der Kollegin Kiziltepe zitierte Aussicht auf einen Auftritt von Ihnen beim Wirtschaftsrat zum Thema Glücksspiel, wie das kolportiert wurde? Gab es eine Anfrage an Sie?

Zeuge Ole von Beust: Nein. Also, wenn ich es richtig erinnere, war es so, dass Herr Hambrecht immer den Auffassungen des Wirtschaftsrates



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

und dessen Positionierung bei der Liberalisierung des Glücksspielstaatsvertrages eine große Rolle beigemessen hat. Und er hatte mich mal gebeten, um meine Einschätzung - generell, aus meiner Sicht - der Wirkung des Wirtschaftsrates; jetzt nicht - - auch nicht schriftlich, sondern in einem Gespräch irgendwie mal en passant oder wo auch immer, um zu wissen, wie ich das einschätzen würde, wenn der Wirtschaftsrat das und das fordert, ob das irgendwelche Auswirkungen habe, usw. Und es kann sein, dass daraus dieser Bericht kam. Der war aber jetzt nicht speziell meine Tätigkeit beim Wirtschaftsrat, um für Glücksspiel zu lobbyieren. Sondern es war meine Einschätzung, wie ich generell den Einfluss des Wirtschaftsrates bewerte, um mit diesem Thema auf Seiten der CDU/CSU und der CDU-regierten Länder irgendeine Meinung herbei zu führen. Darüber haben wir mal gesprochen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie hatten über den Wirtschaftsrat aber keine Kontakte oder Begegnungen mit Wirecard? Weil Wirecard auch einzelne Veranstaltungen des Wirtschaftsrates sponsert hat und dort aufgetreten ist.

Zeuge Ole von Beust: Nein, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ich würde Ihnen gerne eine Passage vorlesen aus der Wirtschaftswoche. Da geht es damals um den Wechsel in Ihrem Beratungsmandat von Lotto/Toto zu privaten Glücksspielanbietern. Und da äußert sich der Chef von Lotto Hamburg, Torsten Meinberg, und sagt hier gemäß Wirtschaftswoche:

Im Zuge einer Neuausrichtung seiner Beratungsfirma hat ein Mitarbeiter von Beust diesen Kunden mitgebracht, der eine Beratung für uns natürlich ausschließt. Herr von Beust hat uns das rechtzeitig gesagt. Wir hätten zwar gerne mit ihm weitergearbeitet, doch er hat uns vor vollendete Tatsachen gestellt. [...]

Zudem darf von Beust erst ab 2018 persönlich für den Kunden tätig werden...

Es ging damals um die kanadische Stars-Group.

Wir vereinbarten eine Art Karenzzeit von einem Jahr mit Herrn von Beust. Solange durfte er nicht für einen neuen Kunden tätig werden...

Ab wann sind Sie denn für Wirecard tätig geworden? Können Sie das nochmal sagen?

Zeuge Ole von Beust: Ich habe ja nur - - Also, was heißt „tätig geworden“?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Also ab wann bestand ein Vertragsverhältnis mit Ihrer Firma?

Zeuge Ole von Beust: Der Vertrag selber, dieses Tätigkeitsverbot, bezieht sich ja persönlich auf mich und auf meinen anderen Gesellschafter. Der Vertrag mit Wirecard und die Tätigkeit begann Ende Sommer 2018, aber war ja keine Glücksspieltätigkeit für Wirecard. Das bezog sich auf andere Anbieter.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das wäre ja auch hier im Rahmen der zitierten Vereinbarung, weil ab Januar durften Sie offenbar.

Zeuge Ole von Beust: Ja. Nur, was Herr Meinberg sagte, bezog sich darauf - - Es gibt ja zig Glücksspielanbieter, die - nicht wie Wirecard antizipieren wollten, hinterher ein Geschäftsmodell, eine Kontrolle - sondern die Glücksspiel anbieten. Und da bin ich bislang noch für keinen tätig geworden.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, ich frage nur deswegen, weil - das ist ja schon ein bisschen erklärungsbedürftig. Man war Bürgermeister in der Stadt Hamburg, hat vielleicht auch immer staatliche Lottomonopole verteidigt, und jetzt ist man hier tätig. Und dann kommt PokerStars - gegen



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

die das FBI in den USA, nach meiner Kenntnis, ermittelt - der Stars-Group, zu denen PokerStars gehört. PokerStars, gegen die liefen auch Ermittlungen in den USA. Was war denn da motivierend für Sie?

Zeuge Ole von Beust: Der Hauptgrund für uns war der, dass wir den dritten Gesellschafter gerne haben wollten, um den wir schon seit zwei Jahre geworben hatten, weil wir von dem persönlich fachlich viel hielten. Der hat zwei/drei Mandate aus dem Glücksspielbereich mitgebracht, mit denen er auch persönlich den Umsatz erzielt hat, der notwendig war, um in die Gesellschaft einzutreten. Das ist der Grund gewesen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Können Sie den Namen Ihres Partners, des Gesellschafters, nochmal nennen?

Zeuge Ole von Beust: Ja, das war Herr Frevel.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ach so, es geht also auch hier in diesem Zitat um Herrn Frevel konkret – der hat den Kunden mitgebracht?

Zeuge Ole von Beust: Ja, ja. Nicht Mitarbeiter, sondern Gesellschafter.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ich verstehe. Dann würde ich gerne nochmal fragen: Haben Sie denn im Zuge Ihrer Tätigkeit für die Liberalisierung des Glücksspiels - - Da gab es ja mal ein vorbereitendes Treffen einiger Bundesländer im Raum Bayern, die diese Vorbereitung zu der letztlich vereinbarten Liberalisierung des Glücksspiels enger koordiniert haben. Hatten Sie im Zusammenhang mit dieser Kerngruppe von Bundesländern auch Austausch? Wissen Sie etwas über die *(akustisch unverständlich)*?

Zeuge Ole von Beust: Nein. Der einzige Austausch, den ich hin und wieder hatte, war mit Herrn Schrödter, dem Chef der Staatskanzlei in Schleswig-Holstein, weil ich den einfach - - also räumlich eh lange kenne und wir haben hin und

wieder auch mal, neben anderen Themen auch mal über Glücksspiel gesprochen. Aber an diesem Treffen - ich weiß nicht, was das für ein Treffen war - habe ich nicht teilgenommen. Und zu anderen, habe ich nach meiner Erinnerung, keinen Kontakt gehabt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Und Sie haben sich auch nicht mit Peter Harry Carstensen ausgetauscht zu dieser Thematik?

Zeuge Ole von Beust: Wir hatten hin und wieder Kontakt, aber nicht zum Thema Glücksspiel.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay. Dann habe ich hier auf dem Zettel noch eine Frage: Mit welchen politischen Akteuren haben Sie denn, im Zuge dieses Engagements, da nochmal konkret gesprochen?

Zeuge Ole von Beust: Ich?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja. Also des Glücksspielengagements.

Zeuge Ole von Beust: Glücksspielengagement? Also mit Herrn Schrödter habe ich gesprochen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja.

Zeuge Ole von Beust: Mit Herrn Arp vielleicht mal am Rande. Und dann habe ich gesprochen mit Herrn Beuth, der ist Innenminister in Hessen, Zuständigkeit bei der Staatskanzlei im Innenministerium, weil die die Aufsicht haben. Mit Herrn Beuth habe ich gesprochen. Ich überlege, ich versuche gerade das zu erinnern - - Und wir hatten mal ein Gespräch bei dem Chef der Senatskanzlei in Berlin, da war Herr Gaebler, das kann sein, dass der so hieß. Mit dem hatten wir uns mal unterhalten, mit Herrn Frevel zusammen, aber da war Glücksspiel eins von mehreren Themen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Gab es im Zusammenhang mit der Leistungserbringung für Wirecard noch irgendeine erfolgsabhängige Komponente?

Zeuge Ole von Beust: Nein, weil wir haben mit denen auch nicht über Wirecard gesprochen, sondern über die Liberalisierung des Glücksspiels.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Nein, das habe ich verstanden.

Zeuge Ole von Beust: Nein, gab es nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Keine erfolgsabhängige Komponente?

Zeuge Ole von Beust: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Wissen Sie, ob irgendjemand anderes in Ihrem Unternehmen noch Wirecard-Aktien besessen hat?

(Gestik des Zeugen, die aufgrund der Tonaufnahme nicht nachvollzogen werden kann.)

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, dann kann ich zukünftig nur empfehlen, meine Tweeds zu verfolgen, dann wären Ihre 5 000 € jetzt vielleicht nicht futsch.

Zeuge Ole von Beust: Ich muss Ihnen beichten, ich bin nicht mal bei Twitter.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ach, sehen Sie. Okay, rien ne va plus.

Zeuge Ole von Beust: Ich liebe meine Ruhe, deshalb auch nicht bei Twitter.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Jetzt wird Herr Brehm hier hellhörig. Okay, dann hat das Wort Dr. Bayaz. Sie geben ab.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich gebe es weiter an Frau Paus, genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: An Frau Paus. Da sitzt sie, alles klar, Sie haben das Wort.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, wir haben ja jetzt schon verstanden, wenn Sie dann annehmen und dann schauen, wie die Gespräche zusammen gebracht werden können, zwischen Unternehmen und Politik. Es gibt persönliche Kontakte, die sich unterschiedlich darstellen können, entweder über sonstige Netzwerke, vorher über Ihre berufliche Tätigkeit, oder eben auch über Parteibücher. Ich habe das noch nicht genau verstanden: Wenn Sie jetzt daran gehen, und jetzt sagen - - In Bezug auf Wirecard - haben Sie jetzt gesagt - sind mehrere Termine gemacht worden. Sie haben gesagt, Sie haben sich zusammengesetzt und überlegt, welche Termine sinnvoll sein könnten. Können Sie dazu noch was sagen, welche Personen - - welche Sie sich ausgeguckt haben, mit wem man sprechen soll? Sie haben eben zum Glücksspielstaatsvertrag gesagt, mit wem Sie da gesprochen haben in Bezug auf Wirecard. Wie ist die Auswahl getroffen worden, mit wem zu sprechen ist?

Zeuge Ole von Beust: Ich selber habe die nicht getroffen, sondern ich habe, wie gesagt, diesen einen Brief an Herrn Dr. Röller geschrieben. Und ansonsten ja gar keine Gespräche geführt. Sondern ich habe jetzt die Liste, von denen - überwiegend sind es Herren, vielleicht sind auch Damen dabei, ich will jetzt nichts Falsches sagen -, die angeschrieben worden sind, um die Gespräche zu führen. Ich kann Ihnen nicht sagen, nach welchen Kriterien das ausgewählt wurde. Normalerweise guckt man, wer hat generell an einem bestimmten Thema Interesse, wer hat sich vielleicht mal öffentlich geäußert, und versucht, so eine Recherche zu machen - wer zu einem Thema sich positioniert hat oder eine Funktion in einer Fraktion hat, sei es finanzpolitischer Sprecher zum Beispiel, oder beim Thema Glücksspiel jeweils die Chefs der Staatskanzleien, die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

zuständig sind. Geht nach der Zuständigkeit, oder - wenn Sie so wollen - der Informationslage, wo vielleicht Interesse besteht. So macht man das im Regelfall. Welche Maßstäbe hier angewendet werden, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich war an der Erstellung der Liste nicht beteiligt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Läuft das denn im Umlaufverfahren oder gibt es da ein ganz normales Arbeitstreffen, in dem die drei/vier, die an dem Projekt zusammen arbeiten, sich zusammensetzen?

Zeuge Ole von Beust: Es ist so, dass jeder für sich selber arbeitet. Ich habe meine bestimmten Kunden, die ich betreue, und da sage ich den Kollegen auch nicht, wen ich nun gesprochen habe für diesen Kunden. Sondern wir haben da ein sehr, sehr, ich würde sagen, großzügiges und freundschaftliches Prinzip. Jeder macht seinen Kram und wir schmeißen dann alles in einen Topf. Aber das - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gilt für die Gesellschafter. Aber ich nehme an, dass jetzt nicht Ihre ganzen - 20 sind es insgesamt, glaube ich, oder 17 Mitarbeiter -, dass die auch einfach vor sich hinarbeiten. Ich meine, das wird da ja anders sein.

Zeuge Ole von Beust: Nein. Aber ich kann Ihnen zum Beispiel nicht sagen, ich glaube in unserem Berliner Büro arbeiten insgesamt, also in diesem Berliner Büro zugeordnet sind vielleicht acht, neun, zehn Leute, weiß ich jetzt gar nicht aus dem Kopf. Und wen denn der Zuständige nimmt, meinerwegen von den Mitarbeitern, hängt auch von deren Arbeitsbelastung ab, wo er meint, da ist er besonders einfühlend, oder wie auch immer. Und den sucht man sich dann aus, mit dem mache ich das jetzt. Aber mit wem Herr Frevel nun diese Liste gemacht hat, kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen. Er weiß auch nicht, welche Dinge ich mache. Nicht aus Diskretion oder Luschigkeit, sondern wir haben klare

Zuständigkeiten. Und jeder macht in seinem Bereich das, was er für richtig hält. Und, wie gesagt, wenn es Probleme gibt, dann tauschen wir uns aus. Aber sonst berichtet man nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, jetzt war ja tatsächlich bei Ihren Gesprächsanfragen - - Das mit Herrn Röller, das hat geklappt, aber der Rest war ja jetzt nicht so erfolgreich. Jetzt hatten Sie das vor allen Dingen auf Corona geschoben. Sie hatten also nicht den Eindruck, dass es irgendwie eine Änderung gab in der Reaktion auf Wirecard? Es gab jetzt keine Reserviertheit, die haben Sie jetzt nicht festgestellt? Sondern Sie hatten eigentlich nur den Eindruck, es lag an Corona?

Zeuge Ole von Beust: Ja, mein Kollege berichtet, wen er angeschrieben hatte und wie es gelaufen ist, und, wie gesagt, mal gab es kein Interesse. Ich sagte vorhin zum Beispiel, dass Herr Pistorius bei Glücksspiel kein Interesse hatte, bei Bundespolitik Herr Nußbaum kein Interesse hatte. Aber bei anderen sind zum großen Teil Termine gemacht worden, die dann aber alle ausgefallen sind, wegen Corona.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Herrn Kukies hat es einen Termin gegeben?

Zeuge Ole von Beust: Mit Herrn Kukies gab es einen Termin, der vereinbart war. Fragen Sie mich nicht, wann; ich habe nur gehört, der war vereinbart. An dem Termin wollte Herr Ley aber gerne selber teilnehmen. Dass es dann aber schwierig war mit der Koordination, und dann war nachher durch Corona der Termin nicht mehr durchführbar.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ja klar Dr. Bayaz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben noch 1.40 auf der Uhr - vielleicht darf



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich das noch kurz nutzen. Ist Ihnen eigentlich Ihr Parteikollege Herr Merz, der auch Herr Braun mehrmals getroffen hat, in dem Kontext mal über den Weg gelaufen?

Zeuge Ole von Beust: Nein, in vielen anderen, aber in dem nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn wir schon bei dem Thema sind: Für wen haben Sie Sympathien am Wochenende?

Zeuge Ole von Beust: Nicht für Herrn Merz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist nicht Teil des Aufklärungsauftrags, aber - -

Zeuge Ole von Beust: Aber ich bin kein Delegierter mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Lassen wir uns überraschen, dann haben wir Gesprächsstoff. Gut, dann schaue ich zu den Kollegen, die einen digitalen Parteitag ausrichten. Möchten die noch? Stimmt, da war einer. Dann gucke ich nochmal zur SPD Fraktion rüber. Ich selbst, hatte es ja eben schon gesagt. FDP? Die Linke?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Rien ne va plus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Très bien. Und Dr. Bayaz?

Zeuge Ole von Beust: Quelle surprise.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, jetzt war das auch noch französisch hier. Gut. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir die Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne ist die Vernehmung allerdings damit noch nicht abgeschlossen. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder

zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich jetzt an dieser Stelle, fast Mitternacht, ganz herzlich bei Ihnen bedanken, wünsche Ihnen noch eine gute Heimreise, bleiben Sie gesund und Vielen Dank für das Erscheinen. Die Sitzung ist damit geschlossen, und ich freue mich dann morgen auf das Obleute-Gespräch.

Zeuge Ole von Beust: Danke schön.

Ende der Sitzung: 23.55 Uhr